

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Zeitzer Strasse 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7905.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gelpaltene  
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 11.

Sonnabend, den 12. März 1910.

14. Jahrgang.

## Inhalt.

**Hauptblatt:** Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Die Konjunktur steigt. — Undank ist der Welt Lohn. — Der gekränkte Herr Polemiker. — Die Pflastersteinarbeiter in Gommern in unserem Verband übergetreten. — Gaukonferenz Mannheim. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

**Beilage:** Wirtschaftliche Rundschau. — Die Bezirksorganisation im Odenwald. — Der Arbeiterschutz in der Steinindustrie Badens. II. — Zum nächsten Verbandstag: Eine Stimme vom Lande. Wie gelangen wir in den Besitz der Mittel, um die Erwerbslosen-Unterstützung einführen zu können? Die Erwerbslosen-Unterstützung ist abzulehnen. — Sind die Gewerkschaften für Boykottschäden haftbar. — Feuilleton: Gewaltige Steinbauten aus alter Zeit. — Aphorismen.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Gesperzt sind:** Kassel: die Firma Holzmann. — Nürnberg: das Marmorwerk Freitag. — Stiebig bei Bauen: das Pflastersteinwerk Zachmann. — Dresden: das Granitwerk Reil & Co.

**Weissenstadt.** Bei der Firma Ackermann kam der Fichtelgebirgs-Normal-Tarif zur Anerkennung. Ab 1. März wurde derselbe ausgehängt. Dieser Erfolg kann als befriedigend bezeichnet werden.

**Blauberg.** Bestehende Differenzen wegen Anfertigung der Würzburger Randsteine wurden geregelt. — Die Pflasterer von Sengenbühl am Höhenbogen erhalten nunmehr für Pflaster 1 Sorte  $\frac{1}{2}$  Pfg. und für Pflastersteinbinder 1 Pfg. mehr pro Stück. Bei Steinmangel werden die Pflasterer zu Abräumarbeiten im Stundenlohn beschäftigt. Die Erhöhung pro Quadratmeter beträgt somit 15 resp. 30 Pfg.

**Sangenfalsa.** Der Tarif wurde um ein Jahr verlängert. Durch einen Nachtrag konnten einige Verbesserungen herausgeholt werden. — Bearbeitet wird in den hiesigen Werkstätten Travertin.

**Lüneburg.** Die Marmorarbeiter konnten eine kleine Lohnerrhöhung durchdrücken. Nur die Firma M. Lange hat nicht bewilligt. Die Firma ist gesperrt.

**Dortmund.** Die Westd. Marmor- und Granit-Werke versuchen fremde Kollegen in ihre Betriebe zu ziehen, um Mißliebige zu entfernen. Arbeitsuchende werden dringend ersucht, Dortmund bis auf weiteres zu meiden.

**Verdingen.** Die Firma Treutle hält den Tarif nicht ein. Die Firma ist gesperrt.

**Leipzig.** Die Marmorarbeiter erzielten, daß dieses Jahr der Stundenlohn um 2 Pfg. erhöht wird, dieselbe Erhöhung tritt auch 1911 ein. Der Akkordtarif hat Änderungen nicht erfahren.

**Salzungen.** Die Marmorarbeiter der Firma Krebs traten wegen der Maßregelung organisierter Kollegen am 1. Februar in den Streik. Krebs glaubt, mit seiner Taktik unseren Verband im Lahnale unmöglich machen zu können.

**Alagen (Westfalen).** Die Firma Dassel nahm bedeutende Lohnreduktionen vor. Die ganze Kampfesweise richtet sich gegen die Mitglieder unseres Verbandes.

**Regensburg.** Bei der Firma Lochner sind Differenzen ausgebrochen. Die Granitarbeiter mögen Zugang fernhalten.

**Berlin.** Die Sandstein- und Marmorarbeiter stehen in Lohnbewegung. Zugang ist fernzuhalten.

**Wildemann.** Die Pflasterstein- und Klarschlagschläger der Firma Sieghelm stehen im Streik. Zugang nach den Betrieben Adlersberg und Einersberg ist streng fernzuhalten. Sieghelm bietet alles auf, um Arbeitswillige anzuerwerben.

**Schlesischer Sandsteindistrikt.** Die Steinmehlen und Brecher haben den Tarif gekündigt. Die Unternehmer sandten nun an den Bezirksvertrauensmann ein Schreiben, worin betont wird, daß die Steinarbeiter die Tarifkündigung zurücknehmen sollen, weil die schlesische Sandsteinindustrie eine Lohnerrhöhung nicht mehr vertragen könne. Ein Teil der Verbandsmitglieder ist aus dem Bezirk bereits abgereist.

**Oesterreich.** Zugang ist nach folgenden Orten fernzuhalten: Oßegg, Höhelsdorf, Thumeritz, Plöding, Pulgarn, Schwertberg, Klagenfurt, Budapest und Temesvár.

## Die Konjunktur steigt.

Aus den verschiedensten Anzeichen im Wirtschaftsleben darf man schließen, daß sich die Konjunktur wesentlich gebessert hat. Wenn man die Gewerkschaftspressen durchstöbert, so fällt sofort auf, daß der Kampfesmut der organisierten Arbeiter sichtbar im Steigen begriffen ist. Und das ist ein gutes Zeichen. Die Arbeitslosenziffern in den einzelnen Berufen sind merklich zurückgegangen;

der Geldmarkt ist beweglicher als in den zwei verflochtenen Jahren, und die Ziegel-, Kalk- und Zementwerke konnten bereits in den ersten zwei Monaten dieses Jahres ansehnliche Geschäftsabschlüsse buchen. Auch die zentralen Tarifbewegungen in mehreren großen Gewerben weisen darauf hin, indem sich die Unternehmer sehr nachgiebig zeigten (wir haben die Berufe der Holzarbeiter, Maler und Schneider im Auge), daß durch das ganze Wirtschaftsleben ein frischer Zug geht.

Auch in der Steinindustrie ist eine ansehnliche Geschäftsbesserung eingetreten. Wenn uns auch an vielen Orten die Unternehmer die Tarife kündigten, so können wir der Zukunft ruhig entgegensehen und hinzufügen, die Herren sind nicht mehr oben auf.

Wir wollen in kurzen Umrissen auf die Steinindustrie speziell eingehen.

In der Pflastersteinindustrie hat sich der Geschäftsgang im Februar wesentlich gehoben. Allerdings sind die Lagerplätze teilweise noch gefüllt, aber die Abfuhr geht jetzt flott von statten. Die Städte Aschaffenburg, Bockum, Bremen, Bunzlau, Danzig, Hameln, Köpenick, München-Gladbach, Neustrelitz, Schwerin, Spandau, Travemünde, Leipzig und München haben kürzlich größere Pflastersteinlieferungen ausgeschrieben. Diese Aufträge summieren, betragen über 1 Million Mark. Auch die Preise dürften etwas angezogen haben, denn die Pflastersteine werden heute auch im besser bearbeiteten Zustande verlangt. Allerdings minderwertiges Gestein wird in den Großstädten bei Submissionen überhaupt nicht mehr berücksichtigt. Für den Quadratmeter Pflastersteine 1. Klasse werden frei Lieferungsstelle etwa 8.50 bis 9.50 Mk. bezahlt. Das Klein- und Mosaikpflaster findet immer mehr Eingang; letzteres findet besonders zu Trottoirzwecken Verwendung. Und wie unterschiedlich sind da noch die Preisangaben. Ein Beispiel möge das illustrieren: Die Stadt Charlottenburg verlangt 2000 Kubikmeter gewöhnlicher Mosaiksteine aus Bernburger Granwade. Hier einige Angebote:

	pro Kubikmeter
Emil Knopf, Oberstedt . . . . .	19.— Mk.
G. Schulz, Bernburg . . . . .	23.50 "
Ph. Söhns, Pöhltau . . . . .	25.— "
Jungfer & Kurany, Anhaltische Steinindustrie	16.85 "

Die Pflastersteinbrüche Sachsens sind jetzt wieder gut beschäftigt, auf die Werke in der Würzner Gegend sind größere Aufträge entfallen. Die sächsischen Industriellen halten im allgemeinen auf gute Preise; sie können auch leichter in Konkurrenz treten, weil Sachsen selbst ein vorzügliches Absatzgebiet darstellt. Im Beuchaer Granitgebiet sind erst kürzlich mehrere Brüche mit den modernsten Maschinen ausgerüstet worden, ein Beweis, daß an eine Erhöhung der Produktionsziffern gedacht wird.

Der Betrieb in den Schotterlagwerken geht jetzt besonders flott. Als Abnehmer kommen meist die Bahnverwaltungen in Betracht; auch haben verschiedene Kreisbauverwaltungen bereits größere Lieferungen vergeben. Die größte Submission hat soeben die Eisenbahndirektion Kassel ausgeschrieben; es werden 112 000 Tonnen Kleinschlag verlangt, das sind 11 200 Eisenbahnwaggons zu je 200 Zentner. Das ist eine ganz gewaltige Lieferung, die selbstredend an mehrere Unternehmer vergeben wird. In diesen Schotterschlagwerken kommen nur Hilfsarbeiter in Betracht, und unsere Leser können sich ein Bild machen, welche Arbeitermassen dazu notwendig sind, um diesen Auftrag bewältigen zu können.

Die Monumentalbranche, es kommen hier nur die Hartsteinwerke in Betracht, hat nur mittelmäßige Beschäftigung. Und das kam so. Die Krise der letzten zwei Jahre ist noch nicht völlig überwunden, dann kommt hinzu, daß der französische Zolltarif geändert werden soll, natürlich für die deutschen Denkmalsarbeiten hohe Einfuhrzölle vorgesehen, und dadurch sind jetzt schon die Fichtelgebirgsgranitwerke sehr beunruhigt. Andererseits tritt hinzu, daß das deutsche Publikum die polierten gewöhnlichen Denkmalssteine nicht mehr so ohne weiteres kauft. Der Geschmack hat sich verfeinert, und es werden immer neue Architekturformen gewünscht. Dieses Bestreben ist an und für sich nicht zu verwerfen, kommt doch dadurch das Individuelle wieder mehr zu seinem Recht.

In der Muschelkalkindustrie ist der Geschäftsgang nicht schlecht zu nennen; allerdings einige kleinere Geschäfte besitzen momentan nicht genügend Aufträge. Doch, der Muschelkalk wird auch in Zukunft flott begehrt werden und besonders die besten Architekten greifen zu diesem Material. Größere Fassaden aus diesem Material werden für die Städte Bremen, Hamburg, Berlin und München, ausgeführt. Wir fügen hinzu: Die Verwendung des Muschelkalks ist an einen wirtschaftlichen Aktionsradius nicht gebunden. Zu den gewaltigsten Bauten, wo Muschelkalk Verwendung fand, sind zu zählen: der Nürnberger Bahnhof und das Leipziger Rathaus. In den letzten Tagen mußten unsere Kollegen in Kirchheim und Kleinrinderfeld wegen Lohnhöhen zu einer mehrtägigen Arbeitsniederlegung greifen. Unsere Kollegen konnten einen Teil ihrer Wünsche durchdrücken. Es muß nun unser ernstliches Streben sein, in diesem Gebiet einen Bezirkstarif zum Abschluß zu bringen. Hoffentlich zeigen die Unternehmer Vernunft.

In der Marmorindustrie kann momentan der Geschäftsgang als gut bezeichnet werden. Die an der Lahn ge-

legenen Werke scheinen allerdings so viel Vorräte aufgestapelt zu haben, und zwar in Möbelwaren, daß sich die Werksbesitzer herausnehmen können, den Arbeitern das Koalitionsrecht illusorisch zu machen. Interessant ist, daß sich der Export gefägrter Marmorplatten nach Oesterreich-Ungarn und den Niederlanden stark gehoben hat. — Die Konkurrenz in der Marmorindustrie ist allerdings bedeutend, besonders unsere großstädtischen Kollegen haben darunter zu leiden. Die größeren Marmorfabriken haben sich auf dem Lande und an den Flüssen etabliert, um äußerst rationell produzieren zu können. Bekannt sind in dieser Hinsicht die Werke in Riefersfelden, ein Gebirgsbach liefert die Betriebskraft, Saalburg a. S., Allagen an der Möhne und noch andre. — Allerdings werden in Deutschland „massive“ Marmorarbeiten weniger hergestellt, und bei der Verwendung der Plattenarbeit wird die menschliche Arbeitskraft immer mehr ausgeschieden. Aber immerhin konnte man auch in den letzten zwei Jahren in dieser Industrie die Arbeitslosigkeit nicht in dem Maße, als wie in der Sandsteinbranche.

Auch in der Schieferindustrie ist eine kleine Geschäftsbesserung eingetreten, so hauptsächlich in den Brüchen zu Lehesten. Dasselbe trifft auch für die Betriebe in der Eifel zu. Dort wollen sogar die Anhänger der Berliner Fachabteilung in eine Lohnbewegung eintreten. Wir wünschen vom Herzen, daß die schlecht entlohnnten Schieferbrucharbeiter Erfolge erringen möchten.

Recht flau steht es mit dem Beschäftigungsgrad in der Sandsteinindustrie. Besonders liegen danieder die Betriebe in den Vogesen, der Pfalz und im roten Mainlandsteingebiet. Ausnahmsweise herrscht im Pirnaer Gebiet gegenwärtig ein flotter Geschäftsgang. Das ist eine Erscheinung, welche seit Jahren nicht mehr zu verzeichnen war. Reich profilierte Arbeiten werden auch dort nicht gemacht. Es ist der glatte Stil vorherrschend. Wenn es in der Sandsteinindustrie auch schleppend geht, so kommt das daher, weil sie direkt vom Baugewerbe abhängig ist. Und da im Baugewerbe die Lohnbewegungen noch schweben, so ist es erklärlich, daß mit den definitiven Abschlüssen von Bauverträgen noch zögernd vorgegangen wird. Das trifft natürlich auch die Sandsteinbranche insbesondere.

Einige Worte über den Leipziger Bahnhofsbau, der etwa 120 Millionen Mark verschlingen wird. Für die Steinmehlen ist dabei wirklich nicht viel zu holen. Die Fassade am Hauptbahnhofsgelände selbst wird ja aus hartem Elbsandstein gemacht. Aber fest steht noch nicht, ob die Werkstücke in Leipzig oder in den Brüchen hergestellt werden. Bis jetzt haben ja mit Ach und Krach 25 Männer von den Leipziger Steinmehlen am Bahnhofsbau Arbeit gefunden; ob es aber in diesem Schnecken tempo weitergehen soll, kann nur Zeus wissen. Wie wir vernehmen, sind noch nicht einmal die Details der Haussteinfassade festgelegt. Da wird es aber nun geradezu Zeit, wenn nicht Zustände wie beim babylonischen Turmbau einreißen sollen. Hoffentlich taut die 25-Mann-Fraktion im sächsischen Landesparslament über dieses Gebaren der Behörden nachdrücklich auf. — Auch die Unternehmer sind über die Maßnahmen der Behörden wenig erbaut, aber es fehlt ihnen die Schneid zum Vorgehen. Wer will denn auch bei den Behörden anreden? —

Sehr im Flor steht die Kunststeinindustrie. Troßdem die Haltbarkeit dieses Fabrikats noch nicht völlig erprobt ist, greifen die Architekten immer mehr zu diesem Erzeugnis. Die Baukünstler denken eben, der Kunststein kann nach Belieben gefärbt werden, und die Harmonie einer Fassade wird am sichersten erzielt, je besser die Farbtönung gelungen ist. Und das ist ohne weiteres zuzugeben: die Chemiker sind in dieser Beziehung ganz ansehnlich vorgeschritten. Wer das „Laboratorium“ einer Kunststeinfabrik besichtigt, wird ohne weiteres bemerken, daß unsere Darstellung richtig ist. Die großstädtischen Steinmehlen müssen immer mehr in diesen Fabriken Unterkunft suchen. Auch ein Zeichen der Zeit. —

Wir müssen auch die Aktiengesellschaften unserer Industrie mit einigen Worten berühren. Wir zählen deren 40 mit einem Kapital von 47 Mill. Mark. Im Jahre 1908 arbeiteten 10 Gesellschaften mit Verlust, die übrigen 30 verdienten zusammen 2 973 000 Mk. Glänzende Gewinne haben somit die Steinbruchunternehmungen nicht gebracht. Aber immerhin fällt auf, daß auf eine Aktiengesellschaft im Durchschnitt ein Kapital von 1 Million Mark entfällt. Es ist daraus der Schluß zu ziehen, daß die Werke finanziell gut fundiert sind. Die hauptsächlichsten Aktiengesellschaften entfallen auf die Hartsteinindustrie. —

Für uns Steinarbeiter ist ja die Hauptsache, daß sich der Geschäftsgang gebessert hat. In der letzten Zeit mußten wir so manches „hinunterschlucken“, sogar bei „tariftreuen“ Firmen, was weder den Kollegen noch dem Verband gefallen konnte. Aber jetzt hat dieses Augen-zubrüden aufgehört. Die Kollegen können bei Lohnfragen jetzt mit mehr Effekt ihre Forderungen vertreten, als wie 1908 und 1909. Auch die Unternehmer merken sehr wohl, daß jetzt wieder ein anderer Wind weht und daß sie nicht mehr so ungehemmt auf das Streikroß steigen können.

Auch die Agitation wird wieder lebhafter betrieben werden können, und wir dürfen auch sicherlich auf dem entsprechenden Erfolge rechnen.

Darum, Kollegen, vorwärts!

# Undank ist der Welt Lohn.

Der Wahlrechtskompromiß des Zentrums mit den Konservativen in Preußen, der die direkte und öffentliche Klassenwahl des Regierungsentwurfs ersetzt durch die indirekte geheime Urwahl nach Klassen mit öffentlicher Abstimmung der Wahlmänner, bedeutet eine so offene Verschlechterung der gegenwärtigen Ausichten der Wahlrechtsreform, daß die ärgsten Reaktionskräfte sich vor Vergnügen die Hände reiben, während die Wahlrechtsbewegung im Umfang und Leidenschaftlichkeit von Tag zu Tag zunimmt. Im „Tag“ kennzeichnet der konservativ-abgeordnete v. Belding das Kompromiß als taktisches Meisterstück und als einen großen Ruf der konservativen Parteileitung, und erklärt: „Die Wahl der Abgeordneten durch Wahlmänner in öffentlicher Abstimmung beugt einer Verschlechterung ihrer Ausichten vor. Unter diesem Gesichtspunkte ist unzweifelhaft für sie das Wahlkompromiß vorteilhafter als die öffentliche und direkte Wahl nach der Regierungsvorlage. Daß es trotzdem den Anschein einer weitgehenden Konzession hat als diese, wird gleichfalls als ein Vorteil anzusehen sein.“ So stellt sich der Wahlrechtskompromiß des Zentrums im Effekt bar als eine neue Stütze des jüngerlich-agrarischen Uebergewichts im preussischen Landtage, als dauernde Verankerung der ärgsten Reaktionskräfte. Nicht um eine Reform handelt es sich, die den Uebergang zum Reichstagswahlrecht anbahnt, sondern um eine Befestigung des Dreiklassenwahlrechts, das die Kernkraft entzweigt. Denn jede wirkliche Wahlrechtsreform mußte gegen die Konservativen gemacht werden und konnte nur mit Hilfe der linken Parteien zustande kommen. Jeder Kompromiß mit den Konservativen befreit die Geschäfte der Junker und verschlechtert die Ausichten der Reformbewegung. Das Zentrum hat sich mit dieser konservativen Verbrüderung als ein Feind der Wahlrechtsreform, als Anhänger des Dreiklassenwahlrechts entpuppt, — darüber helfen alle Beteuerungen von praktischer Reformarbeit nicht hinweg.

Das Ergebnis dieses Wahlrechtshackers wird sein, daß die Arbeiter aufs neue um das gleiche und direkte Wahlrecht betrogen werden, und daß selbst das als Scheinkonzession gewährte geheime Wahlrecht der Urwähler entwertet wird durch die öffentliche Abstimmung der Wahlmänner. Es werden alle Knoten derartig geschürt werden, daß nur die reaktionären Parteien beim Wahlflüchtig Erfolg haben. Ein Gesicht der Reichstags- und Wohlhabendsten der Nation wird auch künftig die übrigen Klassen Gesicht, die die Arbeit der Nation repräsentiert, entrechtet und beherrscht. Das ist das Los der Arbeit — jene göttliche Abhängigkeit, aus der sich, wie Herr v. Bethmann-Hollweg in seiner Abgeordnetenhausrede erklärte, unser ganzes Leben zusammensetzt — das wird ihr Los bleiben, solange die Nation der Arbeit sich nicht auf ihre Würde und Rechte besinnt und die Nation des Besitzes in die ihr nach Zahl und Verdienst gebührende Stellung zurückweist.

Was leistet die entrechtete Arbeit im Dienste der Nation und was leistet der Besitz? Das ist die Frage, die sich jedem in diesem Wahlrechtskampfe, angeht der von Konservativen und Zentrum verteidigten Privilegien des Besitzes aufdrängt. Sind die Arbeiter, die Angehörten der Kleinhandwerker und Kleinbauern wirklich nicht wert, gleichberechtigt im Staatswesen mitzuarbeiten, bloß weil sie weniger Steuern zahlen? Wer ist es denn anders, als die Nation der Arbeit, die den Klassen des Besitzes ihren Mammon schafft! Von 1900 bis 1908 hat in Preußen das ergänzungsteuerpflichtige Vermögen sich von 63,8 auf 91,6 Milliarden Mark, also um 21,8 Milliarden Mark vermehrt. Diese stolze Steigerung, von der 20,2 Milliarden Mark auf die Städte und nur 7,8 Milliarden Mark auf das Land entfallen, ist in erster Linie der industriellen Arbeit zu danken, die die Grundlage des Nationalwohlstandes ist. Woher diese bedeutende Steigerung sich erklärt, zeigen uns die Ziffern der gewerblichen Konsumartikel der Unfallversicherungsstellen. Von 1900 bis 1908 stieg der Durchschnittslohn pro Arbeiter von 896,59 Mark auf 1073,59 Mark oder um 19,7 Prozent. In der gleichen Zeit hob sich das ergänzungsteuerpflichtige Vermögen von 70,042 auf 91,653 Milliarden Mark oder um 30,9 Prozent. Die Steigerung der Lohnsumme der Arbeit blieb um ein volles Drittel hinter der Zunahme der ergänzungsteuerpflichtigen Vermögen zurück, d. h. die Arbeiterklasse hat nicht in gleichem Maße an der Steigerung des Nationalwohlstandes Anteil nehmen können, wie die besitzenden Klassen, die den Löwenanteil der Gewinne des Wirtschaftsaufschwunges an sich rissen. Dafür durfte indes die Arbeiterklasse die Opfer des Wirtschaftskampfes in vollem Umfange auf sich nehmen. Die Opfer der Besitzenden wiegen gering. Es finden wohl Vermögensverschiebungen zwischen den einzelnen Personen statt, — aber die Klasse der Unternehmer als solche bringt keine Opfer, — sie heimt nur die Gewinne der Volkswirtschaft ein. Den Arbeitern dagegen bürdet die nationale Wirtschaft gewaltige Opfer an Leben und Gesundheit, sowie Entbehrungen auf, — Opfer, die alles übersteigen, was die Nation jemals von ihrer Gesamtheit oder einer Klasse gefordert hat.

Der Deutsch-französische Krieg kostete dem deutschen Volke 40 000 Tote und 129 000 Verwundete, — ein Opfer, das der nationalen Sache gebracht wurde ohne Unterschied der Bevölkerungsklassen, und das allein schon ausreichen sollte, alle Klassenunterschiede im politischen Staatsleben zu beseitigen. Aber das Jahr 1908 brachte der deutschen Arbeiterklasse auf dem wirtschaftlichen Schlachtfeld allein 602 321 Verletzte, davon 9356 Tote und 142 965 Schwerverwundete, die länger als 13 Wochen erwerbsunfähig waren. 1160 bleiben zeitweilig völlig erwerbsunfähig, also Krüppel im vollsten Sinne des Wortes; 57 410 wurden zu teilweisen Invaliden, während 74 539 nach vorübergehender Erwerbsunfähigkeit wieder hergestellt wurden. Ein einziges Wirtschaftsjahr liefert mehr als fünfmal soviel Verwundete, 5 Jahre ebenso viel Tote, wie der an Opfern so reiche Krieg von 1870/71! Seit dem Jahre 1886, seit Bestehen der deutschen Unfallstatistik, bis 1908, also in 23 Jahren, hat Deutschlands Arbeiterklasse 8 1/2 Millionen Unfälle, darunter 2 Millionen schwere und 163 000 tödliche Verletzungen auf sich nehmen müssen, und nur der kleinste Teil dieses Unglücks ist ihr durch die Unfallversicherung entschädigt worden. Seit 1895 sind für Unfallentschädigungen 14 Milliarden Mark aufgewendet — in derselben Zeit stieg das ergänzungsteuerpflichtige Vermögen allein in Preußen um 27,8 Milliarden Mark! Auf jeden Unfallrentner entfiel im Jahre 1908 eine Entschädigung von 210,44 Mark, — das steuerpflichtige Vermögen jedes Jenksten in Preußen wuchs von 1907 auf 1908 allein um das Sechsfache, um 1247 Mark (von 59 751 auf 60 998 Mark)! Hier steigende Opfer, — dort steigende Reichtümer! Und die Vertreter der Reichtümer horten für alle Zukunft privilegiert sein. Preußen zu regieren, — die Repräsentanten der opfervollen Arbeit in alle Ewigkeit verdammt, entrechtet zu sein.

Aber die Unfallstatistik erschöpft bei weitem nicht die Opfer der Arbeit. Die deutsche Krankenversicherung zählte im Jahre 1908 allein 5,2 Millionen erkrankter Arbeiter mit 180,9 Millionen unterstützten Krankentagen und 85 594 Sterbefällen. Die Krankenkassen entschädigen in der Regel nur die Hälfte des entgangenen Arbeitsverdienstes. Ein großer Teil dieser Erkrankungen steht mit der Erwerbsarbeit in ursächlichem Zusammenhang, das haben die deutschen Krankenkassentagungen wiederholt bezeugt. Von 1885—1908, in 24 Jahren, betrug die Zahl der Erkrankungsfälle 74,5 Millionen, die der Erkrankungstage 1343,9 Millionen, die der Sterbefälle nahezu 1 1/2 Millionen. Wohlgerichtet, hier handelt es sich um die Klassenmitglieder selbst, also um Erwerbstätige im Dienste der nationalen Wirtschaftsweise.

Und hingu treten weiter die Opfer der Invalidität! Im Jahre 1908 wurden insgesamt 139 789 Renten anerkannt, — die Zahl der abgelehnten Rentenanträge dürfte nicht viel kleiner sein! Von 1801—1908 sind nahezu 2,2 Millionen Invaliden-, Alters- und Krankenrenten anerkannt worden, im Jahresdurch-

schnitt über 120 000. Die Zahl wäre bei weitem größer (1903 waren es zirka 175 000), wenn nicht seit Jahren auf eine Ersparnis an Renten hingearbeitet worden wäre.

602 321 Verunglückte, 139 789 Invalide und 5,2 Millionen Erkrankte, das sind die Opfer der Arbeiterklasse in einem einzigen Wirtschaftsjahr (1908)! Was wiegen die Opfer eines Kriegsjahres, und mag der Krieg noch so grausig gewesen sein, gegen die Unthunnen von Leiden und Unglück, die der Wirtschaftskampf der Nation seiner Arbeiterklasse auferlegt. Es ehrt das Recht, daß es durch Einführung der Arbeiterversicherung seine allernächste Pflicht gegen die Arbeiter wenigstens teilweise erfüllt. Aber sind die Arbeiter, die Leben und Gesundheit tagtäglich zur höheren Ehre der Nation in die Schanze schlagen, weniger würdig, mitzuraten in der Volksvertretung, als die Besessenen, die kein Opfer trifft und die lediglich Gewinne aus der Arbeit anderer einheimen? Sind die Arbeiter weniger würdig, als die Einjährigfreiwilligen, Marineoffiziere und Militäraufwärtler, denen der Regierungsentwurf ein gehobenes Wahlrecht zuerkannt?

Und noch immer sind die Opfer der Arbeit nicht erschöpft. Zu den Erwerbsunfähigen kommt noch das große Heer der Arbeitslosen, denen die nationale Wirtschaftsweise immense Verluste an Erwerbseinkünfte aufbringt. Eine Reichsarbeitslosenabzählung vom Jahre 1895 ergab an einem Dezemberstage 553 000 Arbeitslose — es war ein Jahr des beginnenden Wirtschaftsaufschwunges und ein Tag mittlerer Arbeitslosigkeit. Das Arifenjahr 1907 dürfte reichlich den doppelten Tagesstand an Arbeitslosen ergeben haben. Die Summen, die die deutschen Gewerkschaften für Arbeitslosenunterstützung verausgabten (1908: 9,3 Millionen Mark), geben nur einen schwachen Begriff dieser Opfer; es waren die Summen, die die Arbeiterschaft aus eigenen Mitteln aufbrachte, um die Opfer der Arbeitslosigkeit wenigstens nicht ganz im Elend versinken zu lassen. Wer zählt die Opfer, die nicht unterstützt werden konnten, — wer die Tränen, die ungefüllt blieben, die Klagen, die niemand hörte?

Und während die Arbeiterklasse Tag für Tag und Jahr um Jahr Gut und Blut im Dienste der Nation opfert, während ihr Ruf nach Gleichberechtigung ungehört verhallt, wächst der Nationalreichtum ins Riesenhafte und die Besitzenden schließen ihnen höhnisch die Tür der Gesetzgebung vor der Nase zu. Wer will es ihnen, den Entrechteten, den wirklichen Schöpfern aller Werte, den eigentlichen Trägern des Staatswesens, verdienen, wenn sie ungestüm an den Parlamentarier rütteln und die öffentliche Meinung wachrufen, um gleiches Recht für alle im Lande durchzusetzen? Man unterschätze nicht die Wirkung dieses Appells an das Volksgewissen! Es gibt keine Macht, die einem Volke widerstehen könnte, das kategorisch sein Recht verlangt. Die preussische Wahlrechtsbewegung repräsentiert bereits die Mehrheit des preussischen Volkes, — sie ist der wahre Repräsentant der Nation. Sie wird nicht ruhen und rasten, ehe nicht die Gleichberechtigung aller Staatsbürger anerkannt und das Klassenwahlrecht beseitigt ist!

## Der gekränkte Herr Polemiker.

Als vor etlichen Wochen durch die bürgerliche Presse die Notiz ging, daß das „Afrika-Kolonial-Marmor-Syndikat“ gegründet werden soll, haben wir natürlich auch im „Steinarbeiter“ zu dieser Angelegenheit Stellung genommen. Wir haben selbst einen tüchtigen Fachmann (allerdings „bloß“ einen Arbeiter) ins Reichstagsgebäude entsandt, welcher die ausgestellten Marmorproben besichtigte und darüber einen sehr guten Eindruck gewann. Im „Steinarbeiter“ haben wir uns dann rein referierend über das neue Unternehmen geäußert. — Allerdings im „Deutschen Steinbildhauer“ setzte die Polemik mächtig ein, und Herr Moritz Klein, Berlin-Steglitz, der sich selbst „Stein-Klein“ nennt, war einer derjenigen, der besonders mächtig in die Posten schlug und sich den Anschein gab, tiefergründige Marmorfachverständigkeit zu besitzen. Wir hingen seine Ausführungen etwas tiefer und das hat Herrn Klein empfindlich geschmerzt. In der Nr. 9 des „Deutschen Steinbildhauer“ nimmt Herr Klein in folgender Weise den unschuldigen Engel:

Daß der „Steinarbeiter“ eher im Fahrwasser der Kapitalisten segelt, wundert Kenner der deutschen Sozialdemokratie (da meint sich Jd. natürlich nur selbst. Red.) nicht weiter, daß er aber jede Gelegenheit begierig ergreift, wo er glaubt, mir etwas am Zeuge fließen zu können, liegt daran, daß ich dieses „ehrenwerte“ — Blatt (die Leser mögen weiter unten sehen. Red.) vor einigen Jahren zu einem wenig ruhmvollen Vergleiche gezwungen habe, bei dem der Redakteur nominell außer den hohen Gerichts- und Anwaltskosten 100 Mk. Buße zahlen mußte. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, glaube ich auf dem rechten Wege dann immer zu sein, wenn mich der „Steinarbeiter“ angreift. Sachlich fühle ich natürlich nicht das Bedürfnis, außerhalb der Gerichte mit ihm zu verfechten. (Wir danken schön.) Wenn also der „Steinarbeiter“ wieder ein Bedürfnis zu einem Tänzchen hat, so soll er sich nur deutlich ausdrücken, — ich — werde ihm eins aufspielen.

Die Phantastik des Herrn Klein ist ja geradezu phänomenal zu nennen. Er bringt es nämlich fertig, die Marmorfunde in Südwestafrika mit einer Veleidigungsklage aus dem Jahre 1908 in Parallele zu stellen. Das ist doch eine recht seltsame Manier. Den „Steinarbeiter“ nennt der joviale Herr Klein ironischerweise ein „ehrenwertes“ Blatt, nun, es ist uns völlig egal, was darüber Steinlein denkt und schreibt. — Aber Herr Klein kann auch anders, wenn sein Renommee gesteigert werden soll. Am 10. Juli 1907 schrieb er, ohne daß wir ihn aufgefordert hatten, an den „ehrenwerten“ — „Steinarbeiter“ folgenden Brief:

Beigefaltet überreichte ich Ihnen ein Exemplar meiner jetzt erschienenen Schrift (Die Kalkulation in der Steinindustrie) und hoffe, daß Sie nach Durchsicht derselben in der Lage sind, einer wohlwollenden Besprechung derselben in Ihrem Blatte Raum zu gewähren.

Hochachtungsvoll Moritz Klein. Da wäre also Herr Klein, der weise Cato, wieder einmal ins Jangessen geraten. Er will mit uns sonst bloß im Gerichtssaale sprechen, außerhalb aber hält er bei uns um schönes Wetter an, daß wir sein Büchlein wohlwollend besprechen mögen, damit er sich dann die erbetene gute Rezension eines — Gewerkschaftsblattes, auf den Gut stellen kann. — Wir haben die Rezension seiner Schrift abgelehnt, weil es uns spanisch — vorkam, indem sich ein Mann herufen fühlte, über das Kalkulationswesen in der Steinindustrie zu schreiben, der erst kurz seine Tätigkeit in einem Werke eingestellt hatte, wo die Defizitwirtschaft vollends im Schwunge war. Der Hauptgrund der Ablehnung der Rezension war aber der, weil sich nach unserer Meinung der Inhalt des Büchleins über ein mittelmäßiges Niveau nicht hinaushebt. — Wir machten damals kurz und bündig Herrn Klein von unserem ablehnenden Bescheid Mitteilung, er antwortete gereizt und meinte, es würde an der „Urteilsfähigkeit“ des Kritikers hapern.

Na, so viel Gehirnschmalz hat schon noch in unserem bürgerlichen Redaktionsstübel, um über Kleins Schrift sachverständig urteilen zu können. — Herr Klein, trotz Ihrer Sophisterei steht fest, daß Sie sich vom „ehrenwerten Steinarbeiter“ eine gute Rezension erhofften. — Kennt man das Koblese? Diese Darstellung haben Sie natürlich im „Steinbildhauer“ verschwiegen! Nach unserer Meinung ist dem Klein wegen seiner guten Ratfahle über das Unternehmen in Südwest gründlichst heimgeleuchtet worden, und so finden wir seine Nervosität und seine Niedergeschlagenheit begreiflich.

Herr Klein will mit uns außerhalb des Gerichtssaales nichts zu tun haben, er hat wahrscheinlich das Bedürfnis, sich als Märtyrer unter den Männern der deutschen Steinindustrie zu zeigen, weil er so liebevoll auf unsere Beurteilung lauert. — Damit lassen wir Stein-Klein laufen. —

## Die Pflastersteinarbeiter in Gommern in unsern Verband übergetreten.

In der Umgebung von Gommern (Bezirk Magdeburg), Pösch, Pösch und Danniglow befinden sich eine Anzahl Steinbrüche, deren Arbeiterschaft den Zentralverband der Steinarbeiter bisher nur dem Namen nach kannte. Das lag aber nicht daran, weil die Kollegen von einer Organisation nichts wissen wollten oder weil die Lage derselben so glänzend ist, daß sie eine Organisation nicht brauchen. O nein, ein großer Teil — es gab sogar eine Zeit, wo alle Steinarbeiter organisiert waren — gehörte schon seit dem Jahre 1898 einer Organisation an, aber dem Zentralverband der Maurer. Als sich vor zwölf Jahren die Kollegen organisierten, wandten sie sich an den Maurerverband, und dieser nahm die Leute auf, in der Meinung, es handle sich überhaupt nur um Maurer. Es lag seitens jener Organisation absolut keine Böswilligkeit vor, um dem Steinarbeiterverband Konkurrenz zu machen.

Auch die Steinbruchbesitzer haben sich hier schon frühzeitig zusammengeschlossen, und es durch diesen Zusammenschluß verstanden, die Arbeiter zu ihrem gefügigen Werkzeug zu machen. Dadurch haben sich Verhältnisse herausgebildet, die wohl wert sind, sie einmal etwas näher zu betrachten.

In den 21 Steinbrüchen werden von etwa 1100 Arbeitern ausschließlich Pflastersteine hergestellt resp. gebrochen. Es wird das bekannte Pöschter Material gewonnen. Soweit die Arbeiter nicht im Ukford beschäftigt sind, werden Stundenlöhne von 25 bis 32 Pfg. gezahlt. Aber auch die Ukfordlöhne sind sehr verschieden und ebenfalls einer Aufbesserung dringend bedürftig. Ein Mittelbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aber haben die Steinbruchbesitzer noch keinem einzigen Arbeiter eingeräumt. Sie setzen die Löhne nach ihrem Gutdünken fest, und reduzieren sie, wenn sie glauben, daß die Zeit dazu da ist. Daß unter solchen Verhältnissen auch die Arbeiter sich zu bestimmungen nicht beachtet werden, ist wohl leicht erklärlich. Die Bundesratsverordnung — ein Werk des Steinarbeiterverbandes — kennt man hier nur dem Namen nach. Auch nicht eine der darin enthaltenen Bestimmungen wird von den Unternehmern befolgt, und wenn wirklich mal ein Arbeiter den Mut hat, auf die gesetzlichen Bestimmungen hinzuweisen, dann bekommt er zur Antwort: „Was scheeren uns die Gesetze, wie machen uns unsre Gesetze selbst.“

Das Hauptaugenmerk haben aber die Steinbruchbesitzer darauf verwendet, die Arbeiter an die Scholle zu fesseln, um sie dadurch vollständig in ihre Gewalt zu bekommen. So haben sie denn seit dem Jahre 1908 ein Anebekungssystem a la Striegau eingeführt, welches an Niedertracht selbst den berüchtigten Arbeitsnachweis der Felsenbarone in Rheinfeld-Westfalen übertrifft. Sie haben sich bei Zahlung einer Konventionalstrafe gegenseitig verpflichtet, keinen Arbeiter, der aus einem benachbarten Steinbruch kommt, einzustellen, wenn nicht dem Arbeiter auf seinem Arbeitschein ausdrücklich bescheinigt ist, daß seiner Einstellung nichts im Wege sei. Nicht das geringste braucht sich der Arbeiter zuschulden kommen zu lassen, wenn der Steinbruchbesitzer ihm seine Macht fühlen lassen will. Es genügt schon, wenn der Arbeiter glaubt, sich eine bessere Stelle zu sichern, um dadurch sein Einkommen zu erhöhen. Er bekommt dann einen Arbeitschein, der den gesetzlichen Anforderungen voll und ganz entspricht, nicht das geringste Zeichen ist darauf zu bemerken. Aber mit diesem Schein kann der Arbeiter von einem Bruch zum andern laufen, er wird nicht eingestellt, sondern überall abgewiesen. Es bleibt ihm weiter nichts übrig, er muß zurück in den Betrieb, von welchem er gekommen ist. Er muß bitten, daß ihm doch der Vermerk auf den Schein geschrieben wird, und wenn es der Unternehmer nicht tut (in den meisten Fällen erklärt der Steinbruchbesitzer, keine Veranlassung dazu zu haben), muß er wieder, um nicht auf das Straßenpflaster zu fliegen, bei demselben Unternehmer weiterarbeiten. Ja, es sind Fälle zu verzeichnen, wo die Arbeiter bereits ein paar Tage in andern Betrieben gearbeitet haben, auf Veranlassung der Steinbruchbesitzer aber wieder ins alte Joch zurückkehren mußten.

Dieses unerhörte Vorgehen der Unternehmer kann mit Worten überhaupt nicht mehr gekennzeichnet werden. Die Pflastersteinindustriellen scheinen somit überall die Räubelbücher eingeführt zu haben. Daß die hiesigen Kollegen über dieses féroce Spiel der Unternehmer besonders entrüstet sind, ist ohne weiteres klar.

Es mag sein, daß der Zentralverband der Maurer, als Berufsorganisation der Bauarbeiter, nicht imstande ist, die Interessen der hiesigen Steinarbeiter so zu vertreten, als wie es wünschenswert erscheint. Es wurden auch oft und viele Stimmen laut, als Steinarbeiter gehören wir in den Zentralverband der Steinarbeiter, nur dort können unsre Interessen wirksam vertreten werden und uns aus den schmachvollen Zuständen befreien, welche die Steinbruchbesitzer hier geschaffen haben. So kam es denn, nachdem monatelang vorher in den Versammlungen darüber diskutiert wurde, daß am 26. Februar in einer starkbesuchten Steinarbeiterversammlung einstimmig beschlossen wurde, zum Zentralverband der Steinarbeiter überzutreten.

Das Mitglied des Zentralvorstands, Hugo Walter, hielt ein großzügiges Referat über die Bedeutung des Zentralverbandes deutscher Steinarbeiter. Besonders stellte er in den Mittelpunkt seiner Ausführungen die Tarifpolitik des Verbands. Auch die Unterstüzungseinrichtungen erörterte er in eingehender Weise, damit auch in dieser Beziehung vollkommene Einigkeit herrscht. Das Referat wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Der Uebertritt geschah also einmütig; es dürften rund 600 Kollegen in Frage kommen, die dem Steinarbeiterverband beigetreten sind.

## Bericht von der Gaukonferenz des 8. Gaues (Mannheim).

Die Konferenz wurde am 27. Februar, vormittags 10 Uhr, vom Kollegen Hoffmann im Mannheimer Gewerkschaftshause eröffnet. Als 1. Vorsitzender wurde Arnolds-Mannheim gewählt, als 2. Vorsitzender Bergbauer-Hemsbach, als Schriftführer fungieren die Kollegen Rabfuß-Dürkheim und Schmitt-Rimbach. Die Präsenzliste ergibt die Anwesenheit von 27 Delegierten. Ferner sind anwesend: Gauleiter Gar-

... vom Zentralvorstand Staudinger und Gauleiter Braun-Karlbrunn als Gast.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung, Tätigkeitsbericht, führte Gauleiter Sarfert aus, daß trotz eifriger Agitation kein Mitgliederzuwachs eingetreten sei.

Der zweite Antrag: Einen Kollegen der Granitbranche in den Gauausschuß zu entsenden, wurde ebenfalls angenommen, jedoch sollen die Odenwaldbahnhöfe für die Kosten aufkommen.

Zu Punkt: Organisation und Agitation referierten die Kollegen Gauleiter Sarfert und Max Arnold. Sarfert schildert die Schwierigkeit der Agitation im Mannheimer Gau.

Nun hielt Kollege Arnold sein Referat: An seinen gemachten Vorschlägen in Nr. 7 des „Steinarbeiter“ müsse er festhalten.

Die Monatsbesitzung beginnt um 8 Uhr. Als erster Diskussionsredner nimmt Staudinger das Wort. Er meinte, Arnold hätte nur theoretisch gesprochen.

Einige Kollegen der Sandsteinbranche sprechen nun in der Debatte für die Arbeitslosenunterstützung. Der Vertreter von Frankfurt, Kollege Menges, meint aber, diese Unterstützung könne bei uns jetzt nicht durchgeführt werden.

Der Gauvater meint, im Odenwalder Granitgebiet sei ja sogar eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen gewesen, in der Pfalz ist der Rückgang ganz gewaltig.

Der Redner Sarfert vertritt die Ansicht, daß die Karenzzeit zum Bezuge der Krankenunterstützung auf drei Tage herabgesetzt wird.

Gauleiter Braun führt aus, die Steinarbeiter in den Großstädten seien die Wachdrücker unseres Verbandes. Sie hätten schon seit Jahren umfangreiche Tarife, jetzt drängen sie mit aller Gewalt, damit die Unterstützungsleistungen ausgebaut werden.

Zum Schluß meint Arnold, er wisse ja, daß sein Vorschlag abgelehnt würde, aber er wünschte eine gründliche Diskussion. Daß soll auch in Eisenach geschehen.

Bei der Abstimmung wurde der Arnoldsche Vorschlag wegen Einführung der Arbeitslosenunterstützung abgelehnt. Des weiteren wurden noch nachstehende Anträge angenommen:

Die Gaukonferenz des 8. Gau (Mannheim) ist überzogen, daß in den Kreisen der Hilfs- und sogenannten nichtqualifizierten Arbeiter innerhalb der Steinindustrie noch ein gewaltiges Arbeitsfeld für den Steinarbeiterverband offen steht.

a) Ein zusammengefaßtes Werk über die Organisation der Unternehmer in der Steinindustrie, ihre Koalitionen mit den übrigen Unternehmerverbänden und Streikversicherungskassen und ihrer Kampfweise (Taktik) gegen den Steinarbeiterverband.

b) Ein gesammeltes Material der gegnerischen Arbeiterorganisationen unter besonderer Berücksichtigung der christlichen Bau-, Transport- und Steinarbeiterorganisationen, ihrer Agitations- und Kampfmethoden.

Daß war die Tagesordnung erledigt. In seinem Schlusswort betonte Kollege Arnold, daß die Delegierten mit dem Gedanken nach Hause kehren, stets und ständig für die Organisation einzutreten, und schloß die Konferenz mit einem Hoch auf den Deutschen Steinarbeiterverband.

Mannheim, den 28. Februar 1910. Die Schriftführer: Schmitt und Kalbfuß.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Erhalten die Zahlstellenverwaltungen bei Anmeldung von Lohnbewegungen keine Mitbestimmung vom Verbandsvorstand, dann ist die geplante Bewegung im Einverständnis des Vorstandes zur Notiz genommen.

Folgende Zahlstellenverwaltungen stehen mit ihren Abrechnungen noch aus, es unterbleibt deshalb jede weitere Matriculaufstellung „Steinarbeiter“ usw.: Bremen, Herford, Oberkain, Haag, Langensfeld, Amerdingen, Rotz a. Rhdn.

Kandidatenliste zum Verbandstag. Als Kandidat für den 7. Wahlkreis wurde aufgestellt: Joseph Glagel, Ober-Weilau.

### Korrespondenzen.

Berlin. Nachdem in kombinierter Versammlung beschlossen wurde, unverzüglich unsere Forderungen an die Unternehmer einzureichen, nahmen zwei getrennt stattfindende Sektionsversammlungen nochmals Stellung zur Tariffrage.

Kiel. In unserer am 1. März abgehaltenen Mitgliederversammlung erstattete der Vorsitzende Bericht über die am 25. Februar stattgefundene Tarifverhandlung.

Konstanz. Sonntag, den 27. Februar, fand in Ueberlingen eine Versammlung statt. Es haben in letzter Zeit Heiberlein die Kameradschaft in Ueberlingen etwas gestört.

Nürnberg. Am 6. März eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Der Referent, Gauleiter Jahn, schilderte in herzhaften Worten die Verhältnisse der Steinindustrie.

Leipzig. Die Marmorarbeiter schlossen nach zweimaliger Verhandlung mit den Unternehmern einen Lohnvertrag ab. Die Kommission mußte alles aufbieten, um etwas herauszuholen.

München. Die am 20. Februar stattgefundene Versammlung war äußerst gut besucht. Von der Lohnkommission wurde

Bericht erstattet. Die Versammlung war damit einverstanden und gab der Kommission den Auftrag, nach ihrem besten Ermessen mit den Arbeitgebern zu verhandeln.

Neusag. Am 27. Februar fand im Gasthaus zum Nebstod eine Versammlung statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Besprechung über die örtlichen Verhältnisse, kam es zu einer lebhaften Debatte.

Rohrbach (Odenwald). Die Zahlstelle hielt am 20. Februar in der Wirtschaft des Herrn Bod in Neusag eine Mitgliederversammlung ab. Es sollte die Übernahme der Zahlstelle Wang durch die Zahlstelle Rohrbach vorgenommen werden.

Stadtporzellan. Am Sonntag, den 27. Februar, fand in Stadtporzellan im Gasthaus zum Adler eine gutbesuchte Bezirksversammlung der Steinarbeiter statt.

Unverständliches Urteil. Der Steinarbeiter Müller in Zellerfeld klagte gegen die rüchmigst bekannte Firma Siegel in Wildemann auf Vergütung für Schneefräsen.

### Rundschau.

Verhandlungen im Baugewerbe. Am Mittwoch, den 9. März, haben in Berlin die Verhandlungen zwischen dem Deutschen Arbeitgeberverband und den Zentralvorständen der Arbeiterverbände über die Differenzen im deutschen Baugewerbe begonnen.

Unverständliches Urteil. Der Steinarbeiter Müller in Zellerfeld klagte gegen die rüchmigst bekannte Firma Siegel in Wildemann auf Vergütung für Schneefräsen.

Unverständliches Urteil. Der Steinarbeiter Müller in Zellerfeld klagte gegen die rüchmigst bekannte Firma Siegel in Wildemann auf Vergütung für Schneefräsen.

Unverständliches Urteil. Der Steinarbeiter Müller in Zellerfeld klagte gegen die rüchmigst bekannte Firma Siegel in Wildemann auf Vergütung für Schneefräsen.

Unverständliches Urteil. Der Steinarbeiter Müller in Zellerfeld klagte gegen die rüchmigst bekannte Firma Siegel in Wildemann auf Vergütung für Schneefräsen.

Unverständliches Urteil. Der Steinarbeiter Müller in Zellerfeld klagte gegen die rüchmigst bekannte Firma Siegel in Wildemann auf Vergütung für Schneefräsen.

Unverständliches Urteil. Der Steinarbeiter Müller in Zellerfeld klagte gegen die rüchmigst bekannte Firma Siegel in Wildemann auf Vergütung für Schneefräsen.

Unverständliches Urteil. Der Steinarbeiter Müller in Zellerfeld klagte gegen die rüchmigst bekannte Firma Siegel in Wildemann auf Vergütung für Schneefräsen.

Unverständliches Urteil. Der Steinarbeiter Müller in Zellerfeld klagte gegen die rüchmigst bekannte Firma Siegel in Wildemann auf Vergütung für Schneefräsen.

Unverständliches Urteil. Der Steinarbeiter Müller in Zellerfeld klagte gegen die rüchmigst bekannte Firma Siegel in Wildemann auf Vergütung für Schneefräsen.

wurde aber für diese schwere Arbeit nicht geleistet. Darauf klagte nun Müller den Lohn für 9 1/2 Stunden ein, pro Stunde 31 1/2 Pfennige. Die Firma S. meinte, so steht es in den Akten: „Es sei im Steinbruch der Vellagen von jeher üblich gewesen, daß die im Bedingebeschäftigten Arbeiter die zu ihren Arbeitsstätten führenden Nebengänge — selbst ohne Vergütung schneefrei gemacht hätten. Die Firma habe auch kein (!) Interesse an dem Fortgang der Arbeit im Winter. Der Betrieb während dieser Zeit werde nur im Interesse der Arbeiter aufrechterhalten.“ — Und wirklich, das Urteil folgte der Darstellung, wie sie die Firma Siegheim gab. Das Gericht weiß, daß Müller 9 1/2 Stunden Schnee schaufeln mußte, aber diese Arbeit ist „gratis“ zu leisten, weil ja auch im Winter die Betriebe stillstehen können. Noch logischer wäre es, wenn für die behauenen Steine die Firma ebenfalls nichts zahlen wolle. Die Begründung, sie hätte am Steinbruchbetrieb kein Interesse, läßt sich doch auf jeden Fall anwenden. — Der Steinarbeiterverband wird es sich zur Aufgabe machen, die Mißstände bei Siegheim gründlich abzuklären.

**Erpressung — Regierungsmethode?** Die „Bergarbeiterzeitung“, das Organ des „alten“ (freien) Bergarbeiterverbandes, veröffentlicht nachstehende aufreizende Mitteilung:

In letzter Zeit sind an ausländische Verbandsmitglieder im Ruhrbecken Ausweisungsbefehle ergangen. Diese Ausweisungsbefehle werden rückgängig gemacht, wenn die Ausgewiesenen dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter beitreten. So erging es unserm früheren Kassierer Müller in Horstermark. In Ditteln ist einem Kameraden die Ausweisung aufgehoben worden, der schon 19 Jahre im Ruhrbecken ist und sich redlich durchgeschlagen hat. Der katholische Geistliche Bröder will die Ausweisung rückgängig machen, wenn unser Verbandskamerad die Kinder katholisch taufen lassen will. Wir werden die Fälle, die sich zurzeit mehren, noch in ihren Einzelheiten veröffentlichen.

Die christlichen Gewerkschaften werden somit wieder als wohlgepflegte Kinder behandelt.

Auf der Ausstellung für Grabsteinkunst in Berlin wurden die Entwürfe der Bildhauer Kupich, Grufe und Mattes mit Prämien ausgestattet. — Durch die ganze Grabsteinkunst scheint jetzt ein frischer Zug zu gehen.

Sieben Proz. Dividende verteilt für 1909 die bayrische Granit-Aktiengesellschaft. Das Aktienkapital beträgt 1 1/2 Millionen Mark. Im Jahre 1908 wurden 6 Proz. verteilt.

**Wieder ein Arbeiterverrat des Zentrums.** Zum Etat des Reichsamt des Innern hatten die Polen den Antrag eingebracht, zunächst bald einen Gesetzesentwurf vorzulegen, durch welchen 1. die Freizügigkeit und Freiheit des Arbeitsvertrages den Bergarbeitern gewährleistet werden; 2. paritätische Arbeitsnachweiskstellen unter Aufsicht der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer errichtet werden. Bei der Abstimmung beantragte der Abgeordnete Gröber (Zentr.) getrennte Abstimmung. Dann stimmte die übergroße Mehrheit des Zentrums unter Führung der Abgeordneten Gröber und Dr. Pieper gegen den paritätischen Arbeitsnachweis, der infolge dessen auch abgelehnt wurde. Nur etwa 10 Zentrumslaute stimmten für den paritätischen Arbeitsnachweis. Damit hat das Zentrum dem Zechenarbeitsnachweis der Unternehmer die Sanktion erteilt und die Hunderttausende der Bergarbeiter den Zechenbaronen auf Gnade und Ungnade überliefert. Die Zechenbarone können mit dem Zentrum zufrieden sein.

**Die Verschmelzung des Mühlenarbeiterverbandes mit dem Brauereiarbeiterverband.** In der vom Brauereiarbeiterverband vorgenommenen Urabstimmung über die Verschmelzung beider genannten Verbände wurden 17 141 Stimmen abgegeben. Davon votierten 11 578 für und 5 414 gegen die Verschmelzung; 149 Stimmen waren ungültig, und aus 31 kleineren Zahlstellen steht das Resultat noch aus. Das Ergebnis der Abstimmung

**Zentraltarifverhandlungen im Schneidergewerbe.** Am 22., 23. und 24. Februar waren die Vertreter des allgemeinen deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe und die Vertreter des freien Arbeiterverbandes in Frankfurt a. M. versammelt, um die örtlichen Lohnstreitigkeiten zu schlichten. Vor dieser Zusammenkunft waren bereits erledigt: Augsburg, Kottbus, Dessau, Frankfurt a. D., Pirmasens, Potsdam, Rudolfsb., Salzweil, Wiesbaden (Damenschneider) und Zerbst. Die Verhandlungen in Frankfurt a. M. haben ein vollständig befriedigendes Resultat ergeben. Dort wurden die Lohnverhältnisse in folgenden Orten geregelt, bzw. die Differenzen ausgeglichen: Apolda, Arnstadt, Bielefeld, Bonn, Brandenburg, Breslau, Krefeld, Dortmund, Erlangen, Flensburg, Gera, Siegen, Gotha, Halberstadt, Hanau, Karlsruhe, Kempten i. N., Landau i. Pfalz, Limbach, Mainz (Damenschneider), Marburg, Oldenburg im Großherzogtum, Plauen i. V., Pöschel i. Th., Rathenow, Straubing, Witten und Zwickau. Der Gang der Verhandlungen bei Differenzen ist folgender: Es wird zunächst örtlich beraten; wenn bei diesen örtlichen Verhandlungen keine Differenzpunkte verbleiben, so ist die Sache erledigt. Sofern sich die Parteien am Ort nicht einig werden können, treten die Hauptvorstände zusammen und suchen die bestehenden Differenzen zu schlichten. Zu diesen Verhandlungen kommen außer den Hauptvorstandsvertretern noch zwei Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus dem betr. Ort. Wenn die Differenzen zu groß sind, als daß sie ohne weiteres von den Hauptvorständen geschlichtet werden können, müssen die örtlichen Vertreter wieder weiter in Verhandlungen treten; dies veranlassen die Hauptvorstände. Wenn dann noch Differenzen verbleiben, wird der letzte Rest durch die Hauptvorstandsvertreter geschlichtet. — Auf dieser Grundlage ist die Einigung zustande gekommen. — Es darf nicht früher in Streik oder Aussperrung eingetreten werden, bevor dieser Instanzenweg nicht vollständig durchgegangen ist. Außer in den vorgenannten Orten schweben noch Differenzen in ca. 50 kleineren Orten, in denen der Arbeitgeberverband jedoch nicht in Frage kommt.

**Die organisierten Arbeiter und der Alkoholgenuß.** Der (wenn auch nur moralische) Trinkzwang in den Versammlungen ist ein fressender Schaden am Körper der Arbeiterschaft. Mit Freuden ist jede Tat zu begrüßen, die diesem Uebel feuert. Die Verwaltungsstelle **Flensburg** des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat vor kurzem einen dahingehenden Beschluß gefaßt. Auf den Einladungszettel zu den Versammlungen heißt es:

Da Lokalmitte gezahlt wird, ist kein Mitglied verpflichtet, etwas zu verzehren. Während der Verhandlungen wird nicht gegessen.

In Stuttgart sind mehrere Gewerkschaften, darunter ebenfalls die Metallarbeiter, die größte am Orte, zu demselben System übergegangen.

**Auswechselbare Stockhämmer.** Zu den bereits bekannten Stockhämmer mit auswechselbaren Stockflächen ist eine neue Ausführungsart getreten, die von der Firma Roth u. Gärtner, Werkzeugfabrik in Halle a. S., fabriktiert wird. Im Prospekt heißt es: Für jene Geschäfte, die solche Hämmer noch nicht im Gebrauch haben sollten, sei erwähnt, daß die Arbeitsleistung mit den Hämmer eine bessere ist, die laufenden Anschaffungskosten von Stockhammer-Gehälften fortfallen, wodurch Ersparnisse erzielt werden, und der Steinarbeiter unabhängig vom Schmied ist. Bei der Konstruktion dieser Stockhämmer wird die Stockeisenfläche von einem vierkantigen, durch den Hammer gehenden Bolzen, der in ein Gewinde ausgeht, gehalten und vermittelft einer Sechskantmutter festgeschraubt. Nähere Angaben über die Größe der Hämmer, die auswechselbaren Einsätze, Preise usw. sind den Prospekten genannter Firma, die gratis versandt werden, zu entnehmen.

Wie unsern Kollegen bekannt ist, fertigt schon seit Jahren die Striegauer Firma **Barisch Patentstockhämmer** an, welche sich nach unserer eingezogenen Erkundigung ebenfalls sehr gut bewährt haben.

**Massenunfall beim Schießen.** In South Bethlehem bei Albany führte eine amerikanische Firma eine große Felsen-sprengung aus. Nicht weniger wie 4 000 Pfund Dynamit sollten zur Kraftentfaltung gebracht werden. Beim Laden des siebenten Sackes — es sollten 20 geladen werden — entstand eine Explosion und 30 Personen wurden getötet. Unter den Toten befanden sich auch geladene Gäste.

**Ein schwerer Unglücksfall** ereignete sich in einem im Eisenbahngelände gelegenen Steinbruch am Jellmannsberge bei Neurode (Schlesien). Der Vorarbeiter Klesse und der Eisenbahnarbeiter Töpfer hatten einen Sprengschuß gelegt und sich in die Prühlstüdsbude, wo sie die Wirkung der Schüsse abzuwarten pflegten, begeben. Als die Explosion des Schusses vor sich ging, fiel von den losgelassenen Gesteinsmassen ein schwerer Stein auf das Dach der Stütte, durchschlug dieses und verletzte den Vorarbeiter so schwer, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Der Arbeiter Töpfer erlitt außer andern Verletzungen einen Beinbruch.

Dieser Unfall wäre somit allerdings auf grobe Fahrlässigkeit zurückzuführen.

### Quittung.

Eingegangene Gelder vom 28. Februar bis mit 5. März 1910. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasteuer.)

Würzburg, B. 69.—, K. 4.50. Nürnberg, B. 84.—, K. 14.—. Gohmannsdorf, B. 47.—. Bremke, B. 47.—. Weicha, B. 621.—, K. 10.40, M. 1.60. Jossen, B. 3.85. Prenzlau, B. 1.70. Lüben, B. 1.60. Schmölln, B. 5.05. Haibach, Schaafheim, K. 0.90. Sorau, B. 4.70. Bennsdorf, B. 4.95. Aue, B. 460.—, K. 40.—. Leonbronn, B. 42.95, K. 0.50, M. 6.80. Friedenhausen, B. 53.36. Wurzen, B. 126.—. Wünschelburg, B. 140.30, K. 2.20. Ströbel, B. 420.—, D. 50.—. Pappenheim, B. 49.68, E. 0.50, K. 5.10. München, B. 138.—. Heilbronn, B. 84.—, K. 30.—. Duisburg, B. 64.40. Munkirchen, B. 114.—, K. 16.—. Leipzig (Chemnitz), K. 0.80. Biffelhövede, B. 4.50. Bernburg, B. 2.70. Leuchtenberg, B. 10.—. Porta, B. 5.05. Coburg, B. 2.10. Bromberg, B. 1.60. Weinheim, Ins. 2.50. Groß-Bieberau, Ins. 3.20. Dresden, Ins. 3.20. Wilhelmshaven, B. 4.70. Ehringen, B. 4.70. Gerbstadt, B. 4.60. Böhlingen, B. 2.95. Braunschweig, B. 69.—, M. 0.75. Ebershausen, B. 133.—, K. 4.—. Seebach, B. 92.—, E. 5.—, K. 20.—. Strehlen, B. 520.—, 40.—, E. 8.—, K. 7.50. Grimma, B. 126.—, E. 5.—.

Ludwig Geist, Kassierer.

### Allgemeine Bekanntmachungen.

**Hannover I.** Der Lohnbewegung halber zureisende Kollegen haben sich beim Vorsitzenden zu melden. **G. Faber.**

**Raffel.** Die Zureisenden haben sich vor dem Arbeitszusprechen beim Vertrauensmann zu melden.

**Leipzig.** Der Steinmetz Johann Winkler aus Schwandorf (Oberpfalz) möge seine Adresse sofort an die Redaktion des Steinarbeiter gelangen lassen.

## Anzeigen

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

# Berlin.

Montag, den 14. März, abends 8 Uhr  
**Kombinierte Platzvertreter-Sitzung**  
im Verbandslokal, Seydelstr. 30.

Donnerstag, den 17. März, abends 8 Uhr  
**Kombinierte Mitglieder-Versammlung**  
im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Tagesordnung in beiden: **Stellungnahme zum Verbandstage** und Aufstellung der Kandidaten.

Donnerstag, den 24. März, abends 8 Uhr  
**Oeffentliche Versammlung**  
aller in der Grabsteinbranche beschäftigten Kollegen  
im Verbandslokal, Seydelstr. 30.

T.-D.: 1. Vortrag über: Saisonarbeit — einst und jetzt. — 2. Unsere tarifliche Lage. — 3. Verschiedenes.

Kollegen, agitiert für guten Besuch. — Zur Platzvertreter-Sitzung sind sämtliche Verbandsfunktionäre geladen; zur öffentlichen Versammlung sind die noch unorganisierten mitzubringen.  
**Die Ortsverwaltung.**

## Gau X Regensburg!

Sonntag, den 27. März, ab nachmittags 2 Uhr, findet in **Regensburg**, Gasthof Zum Fischen, Replerstraße, unsere **Gaukonferenz** statt. — Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Tätigkeits- und Kassenbericht der Gauleitung. 2. Organisation und Agitation (Referat). 3. Hilfsarbeiterfrage und Erwerbslosenunterstützung (Referat). 4. Gausteuer. 5. Verschiedenes. — Situationsberichte über die Mitgliederbewegung, Tarifgemeinschaften, Durchführung der Bundesratsverordnung zc. sind von den Delegierten vor Beginn der Konferenz abzugeben. — Anträge zur Gaukonferenz sind bis spätestens den 22. März an Unterzeichneten einzufern.  
**Hans Mittenmeier, Gauleiter.**

## Achtung, Steinarbeiter!

Am Sonntag, den 20. März, nachmittags 1/3 Uhr, findet im Gasthaus zum Engel in **Ottenshöfen** unsere **Generalversammlung** für die Zahlstellen **Kappelrodt** und **Seebach** statt. — Es sind die Kollegen, Deutsche und Italiener, der umliegenden Orte alle eingeladen sowie die von Oberkirch, Neusaß und Bülherthal. Tagesordnung: 1. Politische Organisation. Referent: Genosse **Günter** - Ahern. 2. Bericht von der Gaukonferenz. 3. Stellungnahme zum Verbandstage und Anträge. 4. Verschiedenes und Reisefer.  
Der Einberufer: **Hans Weindl.**

## Zahlstelle Demitz-Thumitz.

Dienstag, den 15. März, abends Punkt 1/7 Uhr: **Ausserordentliche Generalversammlung** im Gasthof Neu-Schmölln. Tagesordnung: 1. Beschlußfassung über die Geschäftsordnung. 2. Stellungnahme zum Verbandstage und Wahl der Kandidaten. 3. Aussprache über Berufsangelegenheiten.  
**Die Ortsverwaltung.**

## Schürzen

**Emil Keidel** Spezial-Geschäft in Berufskleidung  
Eigene Anfertigung.  
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

**Böbau.** Der Firma Kumpf & Co. haben die Kollegen einen Steinmetz- und Schleifer-Tarif vorgelegt. Die Kollegen, welche gesonnen sind, bei der Firma in Arbeit zu treten, möchten sich vorher beim Vertrauensmann näher erkundigen.

**Wih. Lorke.**  
Das Mitgliedsbuch Nr. 16346 des Steinmetzen Albert Große, geb. am 27. Oktober 1880 in Deberan, ist in Apolda abhanden gekommen. Selbiges ist eventuell an die Zentrale einzusenden.

### Adressen-Änderungen.

Bensheim. Die Verbandsherberge ist bei Herrn Lorenz Weiß, Neugasse 40, untergebracht.  
**Karlsruhe.** Vorf.: Otto Degenhart, Durlacher Allee 32.  
**Kelbra.** Vorf.: Karl Weißbarth, Bergstr. 7.  
**IV. Gau Leipzig.** Zum Gauleiter wurde gewählt Georg Steininger in Albrechtshain Nr. 18, bei Rauhof.

### Briefkasten.

**L. in Dortmund.** Näheres ist darüber zu finden in der gewerblichen Betriebsstatistik des Deutschen Reiches, Band 217, Heft 1, Seite 143. — **Bunfiedel.** Ein derartiges Buch kann doch von jeder Papierhandlung bezogen werden. — Auf welchem Werkplatz wird denn die Reiseunterstützung ausbezahlt? — **D.** Dein Artikel kam für die Nr. 10 zu spät. Warum die Phantasie, daß bei uns nicht gleiches Recht gelten könne? Die Polemik über diesen Punkt haben wir nicht im geringsten unterbunden, obwohl Neues in der letzten Zeit kaum mehr gesagt wurde. — **N.** In Deutschland setzte die gotische Bauweise 1227 mit der Erbauung der Liebfrauenkirche in Trier ein. Als Höhepunkt dieser Stilrichtung kann gelten die Zeit 1275—1350. Der romanische Baustil kam in Deutschland etwa ums Jahr 930 zur Geltung. Das übrige geht dir schriftlich zu. — **Lauß.** Wird ein Bohrloch öfters abgehoben, so nennt man das Schnüren. Man bezweckt damit, daß nach und nach ein größerer Riß entsteht, um das sogenannte „Besetzen“ vornehmen zu können. — **N. in S.** Die Schilderung greift in die Privatangelegenheiten des Poliers über. Aus diesem Grunde lehnen wir die Einsendung ab. Einer mußte doch schließlich des Meisters Tochterlein freien. — **L. und Z.** Eure Befürchtungen sind nicht eingetreten. Ueberdies ist die Geschichte gar nicht übel. Viele Grüße. — **Königsbrück.** Wir können die betreffenden Nummern mit dem besten Willen nicht mehr aufreiben. — **Dahlfurt.** Die Bestellung ist seinerzeit bei uns eingegangen. — **Eifel.** Daß die 1/4 Duzendmänner des „Keramarbeiterverbandes“ aus purer Neutralität das verlogene Zentrumflugblatt über die Sozialdemokratie verbreiten halfen, ist uns bekannt. Das weiß ein jedes Kind, daß die schwarzen Gewerkschaftler auf ihre gerühmte Neutralität pfeifen. — **B. Sch.** Damit sind die jungen Leute zwischen 14 und 16 Jahren gemeint. Siehe § 138 der Gewerbeordnung. — Das übrige besagt § 10 Abs. 2 unserer Bundesratsverordnung. Besten Gruß. — **S. S.** Du könntest jetzt beim Staatsanwalt Beschwerde erheben. Wir glauben aber nicht, daß Anklage erhoben wird. — **D. in Aufsa.** Sende die Karte an die niederbayrische Versicherungsanstalt in Landshut. Aber bitte Einschreibebrief verwenden.



# Albert Baumann

Werkzeugfabrik und Hartwerk  
**Aue (Erzgeb.)**  
**Preisliste**  
über alle  
**Steinmetz-Geschirre**  
versende  
**gratis.**  
Lieferung sofort!

## Einen Schmiedegesellen

auf **Granit-Werkzeug** sucht für sofort  
**Max Hilscher**  
Schmiedemeister in Schmölln bei Bischofswerda.

## Zwei jüngere tüchtige Gehilfen

auf Grabsteinarbeit, möglichst Granitschreihauer, können sofort eintreten.  
**Ernst Meyer**  
Bild- und Steinhauerei, Lüneburg.

## 2 tüchtige Speller (Rizer)

werden bei gutem Lohn- und dauernder Arbeit sofort eingestellt.  
**Diabas- u. Ehenitwerke**  
Rupbach (Bahn), Post Laurenburg.

## Junger Steinmetz

in allen Grabsteinarbeiten bewandert, kann sofort eintreten.  
**Richard Pfau, Bildhauerei**  
Arölya-Ranis bei Pöschel (Thüringen).

## Der Steinmetz Winduska

aus Böhmen, welcher vor 5 Jahren in Dresden gearbeitet hat, wird von einem alten Freund ersucht, seine Adresse der Redaktion d. Bl. mitzuteilen.

## Gestorben.

In Baugen am 28. Februar der Kollege Franz Winger, 29 Jahre alt, an der Kehlkopfentzündung.  
In Grimma am 4. März der Kollege Hermann Albrecht, 35 Jahre alt. Er schied freiwillig aus dem Leben.  
In Merseburg am 6. März der Kollege Otto Müller, 29 Jahre alt, an der Brustkrankheit.  
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: **H. Staudinger**, Leipzig.  
Verlag von **Paul Starke** in Leipzig.  
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Die Geschäftsabläufe der Großbanken. — Kurschwankungen auf dem Markt der Kolonialwerte. — Die unbefriedigende Lage der ober-schlesischen Montanindustrie.

Daß die Großbanken im Jahre 1909 wieder günstigere finanzielle Ergebnisse als für 1908 erzielen würden, war bei der Entwicklung des Geldmarktes im vergangenen Jahre vorauszu sehen. Nicht nur konnten sie aus dem regeren Börsenverkehr schon wieder größeren Nutzen ziehen, ihre Beteiligung an Emissionen wurde auch durch das wachsende Anleihebedürfnis von Staaten und Städten im In- und Auslande begünstigt. Dazu kam die wiedererwachende Unternehmungslust in Industrie und Handel, die merklich steigenden Umsätze auf dem Warenmarkt, namentlich die regeren Beziehungen zum Auslande. Alle diese Umstände erhöhten nicht nur den Geschäftsverkehr bei den Banken, sondern ließ ihnen noch bei ihrem starken Einfluß auf die Regulierung der Diskontsätze reichlichen Nutzen. Einerseits hielten sie die Sätze für die Gelder, die sie zu verzinsen hatten, auf einem möglichst niedrigen Niveau, was bei dem zunehmenden Angebot am Geldmarkte relativ leicht durchführbar war, auf der andern Seite aber beeinflussten sie den Privatdiskont in einer Weise, die es der Reichsbank unmaßig machte, mit dem offiziellen Satze herunterzugehen. Aus dieser für die Banken günstigen Spannung der Zinssätze resultierte allein schon ein ansehnlicher Gewinn, der angesichts der großen Summen, die bei den Großbanken deponiert sind, entscheidend für die Gestaltung der finanziellen Ergebnisse im Jahre 1909 ins Gewicht fiel. So können denn für 1909 wesentlich höhere Reingewinne und Dividenden als für 1908 ausgewiesen werden. Freilich ist trotzdem nicht zu übersehen, daß für die Kapitalisten, die ihre Aktien zu den Kursen, wie sie etwa seit Ende September notiert werden, erworben haben, die Verzinsung keineswegs immer so hoch ist, wie es nach der nominalen Höhe der Dividende erscheint. Für die Nationalbank, die 65 Prozent für 1909 verteilt, beträgt das Rendement auf den Kurswert vom Ultimo Dezembere 4,98, für die Berliner Handels-Gesellschaft, die 9 Prozent ausschüttet, 4,92 und für den Schaaffhausenschen Bankverein, der 7,5 Prozent Dividende gibt, 5,06 Prozent. Viel erheblicher als die Gewinne der Aktionäre aus den Dividenden sind die Gewinne, die aus dem Handel mit Bankaktien infolge der Kurssteigerung zu realisieren waren. In dem reinen Effektenhandel liegt heute das größte Geschäft für größere Kapitalisten. Die Kurssteigerungen der Dividendenwerte, wie wir sie in der zweiten Hälfte des letzten Jahres beobachten konnten, haben einem Teil der geschickt operierenden Kapitalisten große Gewinne abgeworfen: die steigende Kurssteigerung, mag sie noch so begründet sein, wird als bald ins Ungeheure übertrieben, sobald erst die Masse der mittleren und kleinen Kapitalisten in die Bahnen dieser Kurssteigerung blindlings einlenkt. Dann wächst zunächst die Kaufkraft von Tag zu Tag, und die klügeren Großkapitalisten verdienen an solchen Bewegungen weit mehr, als sie in langer Zeit durch eine angemessene Verzinsung erhalten würden. Es tritt dann immer die mißliche Erscheinung ein, daß der höhere Wertstand die Direktoren der Aktiengesellschaften dazu treibt, die Dividende auf eine dem höheren Kursniveau entsprechende höhere Rate zu treiben — eine Politik, die für die Bemessung des Anteils der Arbeiter und Angestellten am Produktionsertrage höchst ungünstig ist und auch dem Gros der Kapitalisten nicht den mindesten Vorteil bringt. Es muß daher dahin getrachtet werden, die Kursbewegung in einer Weise zu beeinflussen, daß ungesunde Preissteigerungen und Preisrückgänge nach Möglichkeit vermieden werden.

Ein krasser Fall von extremen Preisveränderungen spielt sich seit längerer Zeit auf dem Markte für Kolonialwerte ab. Die Anteile der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika, die im Laufe des vorigen Jahre eine so exorbitante Kurssteigerung bis zu 2000 und darüber erfahren hatten, aber im weiteren Verlaufe des Jahres wieder eine Entwertung durchzumachen hatten, sanken in jüngster Zeit ganz plötzlich wieder um 250 Prozent. Glücklicherweise ist von Anfang an vor den Gefahren, die mit dem Erwerb dieser Anteile verbunden sind, gewarnt worden, so daß die rasche Preisrückgang nicht viel Schaden anrichten dürfte. Im allgemeinen ist an diesen Anteilen schon so viel verdient worden, daß auch starke Rückgänge von den Hauptbeteiligten leicht getragen werden können. Soweit freilich einzelne Anteile zu den hohen Kursen in den Besitz minder kapitalträchtiger Käufer gekommen sind, können diese sich jetzt den Schaden versehen, der ihnen aus ihrer leichtsinnigen Beteiligung an dem wilden Spiel in Kolonialanteilen erwachsen ist.

Die Börse ist überhaupt augenblicklich in wenig roher Stimmung. Immer mehr trittutage, daß die Kurssteigerung im vorigen Herbst, namentlich im September, weit über das Maß, das durch die wirtschaftliche Erholung begründet war, hinausgegangen ist. Man ist vor allem mit der Lage im Kohlenbergbau, vornehmlich in Oberschlesien, unzufrieden. An sich ist die Ermattung des Kohlenmarktes in den ersten Monaten des Jahres keineswegs auffallend. Verstärkt wurde sie dieses Jahr

durch den erheblich geringeren Bedarf an Hausbrandkohle. Der milde Winter erspart den Konsumenten einen nicht unerheblichen Teil der Heizungskosten. Dieser Umstand drückt auf den Kohlenmarkt erheblich und führt teilweise zur Einlegung von Zeier-schichten. Damit ist nun allerdings die unbefriedigende Lage der ober-schlesischen Montanindustrie noch keineswegs ausreichend erklärt. Wenn es auch einem bloßen Beobachter, der die Internua der geschäftlichen Politik der ober-schlesischen Großbetriebe nicht kennen kann, schwer ist, die Ursachen der noch immer fortbauenden Depression in Oberschlesien genau zu bestimmen, so soll doch die Vermutung nicht verschwiegen werden, daß die Berufung des Herrn Hilger an die Spitze der Vereinigten Königs- und Laurahütte ein Mißgriff gewesen zu sein scheint. Ob man im Aufsichtsrat dieses ersten Montanbetriebs Oberschlesiens nicht auch den gleichen Eindruck hat, wissen wir nicht, da in den Aufsichtsratsitzungen, selbst wenn die Geister aufeinanderplaye, doch eine persönliche Zuspitzung der Gegensätze vermieden wird. Aber so ganz zufällig kann es doch nicht sein, daß seit der Generaldirektion Hilgers die Königs- und Laurahütte nicht mehr in so blühender Verfassung sich befindet wie vordem. Wenn auch zweifellos die Gründe für den Rückgang des Unternehmens in den von dem jetzigen Generaldirektor wiederholt schon geschilderten Verhältnissen liegen, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß diese Verhältnisse auch früher schon bestanden haben, ohne daß sie so nachteilig gewirkt haben wie jetzt. Was soll es z. B. heißen, wenn jetzt die Abteilung, in der Träger gemalt werden, stillgelegt werden soll, um Reparaturen durchzuführen, die längere Zeit in Anspruch nehmen? Warum hat man denn nicht diese Reparaturen in die Zeit der gewerblichen Depression verlegt? Eine solche Maßnahme in der jetzigen Zeit spricht doch wenig für eine voraussichtliche Geschäftspolitik, wie sie z. B. die Direktoren des amerikanischen Stahltrusts befolgt haben. Ein Generaldirektor eines so großen Unternehmens wie die Laurahütte muß eben doch mehr in Fühlung mit der allgemeinen Konjunktur zu bleiben suchen, als das anscheinend von Herrn Hilger geschehen ist.

Berlin, am 4. März 1910. Rich. Calwer.

## Die Bezirksorganisation im Odenwald.

Endlich haben auch die Zahlstellen des Odenwald-Granitgebietes den engeren Zusammenschluß gefunden, es wurde nämlich eine Bezirksorganisation geschaffen. Im Fichtelgebirge und besonders im schlesischen Sandsteingebiete hat sich eine solche Einrichtung schon längst bewährt. Die Odenwalder Steinindustrie zerfällt, wenn wir die Produktion in Betracht ziehen, in drei Hauptgruppen. In den Orten Kirchhausen, Sonderbad, Hemsbach, Lauenbach, Rimbach, Zokenbach und einigen andern Orten wird nur Bauarbeit hergestellt. Allerdings die reichprofilier-ten Haussteinarbeiten, die vor zehn Jahren noch nichts Rares waren, sind heute sehr selten. In den Orten Reichenbach, Bensheim, Schönberg, Grobberau, Reinheim, Elmshausen und Vindensfels wird vorwiegend Denkmalsarbeit angefertigt. Die Teilarbeit hat schon mächtig eingekehrt. Als Neuerung haben einige Werke sogar die Bearbeitung des Muschelschalks eingeführt. Die schönsten Denkmäler aus diesem grauen Gestein sieht man im Odenwalde erstehen. Die Pflastersteinindustrie verteilt sich auf den mittleren und hinteren Odenwald, der hauptsächlich ist Zwingenberg. In den Großstädten Mannheim und Frankfurt wird vom Odenwald erstklassiges Material nicht bezogen.

Unser Verband hat im Odenwald mehrere gutgefügte Zahlstellen, die Steinarbeiter selbst sind aus aller Herren Länder nach hier zusammengeströmt. Die Mehrzahl rekrutiert sich aus Bayern und Italienern. Die letzteren haben meist im hinteren Odenwald ihre Arbeitszelle aufgeschlagen. Es lag somit in der Natur der Sache, daß sich die Zahlstellen untereinander näher gebracht werden mußten. Besonders bei den letzten Tarifverhandlungen hat es sich sehr gut bewährt, daß ein sehr inniger Konnex eingehalten wurde. Wäre das nicht geschehen, die Unternehmer hätten uns schon aus den Lumpen geschüttelt. — Unter der Bezirksorganisation ist es bedeutend leichter, auf die strikte Innehaltung des abgeschlossenen Tarifs zu dringen, bei den Besprechungen über den Tarif selbst können die eventuellen Verbesserungen wiederum eingehend geprüft werden. Durch die Bezirksitzungen und Versammlungen werden sich die Kollegen selbst näher kennen lernen, nationale Unterschiede, die dann und wann aufklommen, werden auf ein bedeutendes Minimum reduziert.

Die Bezirksorganisation wurde aber aus einem andern

Grunde noch sehr notwendig. Einzelne Unternehmer haben ihre Steinbrüche im Odenwald — zerstreut liegen. Für die Kollegen der Zahlstelle Heppenheim ist es beispielsweise nun besonders wichtig zu wissen, wie ihr Unternehmer X, der auch in Sonderbad und Erbsthofen noch etliche Steinbrüche betreibt, mit seinen Arbeitern hantiert. Die Praxis hat doch ergeben, daß Vereinbarungsarbeiten, die im Preise von Unternehmer recht niedrig angelegt wurden, oft in 5 bis 8 Brüchen förmlich ausgeben werden. Gerade in dieser Beziehung ist unter den Kollegen selbst eine Verständigung stark vonnöten. Auch bezüglich des Arbeitsnachweises könnte diese Institution die Initiative in die Hand nehmen, um in dieser Hinsicht etwas Positives zu schaffen.

Es tauchen sicherlich noch eine Reihe anderer Fragen auf, die durch die Bezirksorganisation praktisch gelöst werden können, als wenn eine jede Zahlstelle zu diesem oder jenem Punkt Stellung nehmen müßte.

Es ist sehr erfreulich, daß im Odenwald diese Bezirksorganisation zustande gekommen ist. Der Verband wird davon einen eminenten Nutzen haben, und die Stofkraft der Zahlstellen selbst wird erhöht werden können.

## Der Arbeiterschutz in der Stein-Industrie Badens.

II.

Gleich bedeutungsvoll und nötig wie die strenge Ueberwachung besonders gefährlicher Betriebe ist der Erlaß geeigneter Bestimmungen und Aufräge. Die erzieherische Wirkung auf hartnäckige Unternehmer durch derartige Bestimmungen ist überall nur eine günstige gewesen. Es sei nur auf den Beschluß vieler bayrischer Gemeindeverwaltungen verwiesen gegenüber den Verhören der Metallindustriellen, ihren technischen Angestellten die Ausübung des Koalitionsrechtes zu verbieten. Staat und Gemeinden stellen den größten Auftraggeber für die Steinindustrie dar und sind daher am ehesten in der Lage, einen bestimmenden Einfluß auf die den Arbeitern zu gewährenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszuüben, insbesondere aber den Arbeitern die Ausübung des gesetzlich gewährleisteten Vereinigungsrechtes zu sichern. Die Arbeiterschaft wird seitens des Staates und der Gemeinde in immer höherem Maße durch direkte und indirekte Besteuerung zur Tragung der Lastungen für die Allgemeinheit herangezogen. Infolge der bescheidenen Einkommensverhältnisse werden die Arbeiter verhältnismäßig davon viel härter betroffen, als alle andern bessergestellten Stände. Dafür erwacht dem Staate die Pflicht, nach Möglichkeit Sorge zu tragen, daß den Arbeitern die ihnen gesetzlich gewährte Bewegungsfreiheit zur Verbesserung ihrer Lage durch rückwärts- und gefühllose Unternehmer nicht beschnitten wird und auch ihnen behilflich zu sein, damit sie in den Genuss der zu ihrem Schutze erlassenen Bestimmungen gelangen. Wir befinden uns bei diesem Verlangen in der gewiß einwandfreien Gesellschaft des Kaiserlichen Statistikers Amtes, Abteilung für Arbeiterstatistik. Dieses schreibt in seinem Werke: Die Regelung der Arbeitsverhältnisse bei Vergabung öffentlicher Arbeiten folgendes:

„Das öffentliche Vergabungswesen ist ein Gebiet, dessen Regelung eine weittragende wirtschaftliche, aber auch eine erhebliche sozialpolitische Bedeutung besitzt. Das Submissionswesen vermag je nach der Art der Vergabung zu einer Verbesserung oder Verschlechterung der Lage der arbeitenden Klassen beizutragen. Seitdem man dies erkannt hat, ist es das ständige Bemühen der Arbeiterklasse gewesen, dem Submissionswesen eine solche Gestalt zu geben, daß es im Sinne der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, jedenfalls nicht im Sinne eines Druckes auf die Arbeitsbedingungen wirken soll. Die große Bedeutung der hier zu behandelnden Fragen kann man sich auf Grund weniger kurzer Erwägungen vergegenwärtigen. Der Staat und die Gemeinden sind die größten Arbeitgeber in einer Volkswirtschaft. Die Art, wie sie die Arbeitsbedingungen regeln, ist nicht nur für die unmittelbar mit ihren Arbeiten beschäftigten Personen von Bedeutung, sondern auch die Privatunternehmung kann nicht umhin, bis zu einem gewissen Grade die Anschauungen, die für das Arbeitsverhältnis bei öffentlichen Arbeiten gelten, auch ihrerseits sich zu eigen zu machen. An sich liegt im Vergabungswesen leicht die Tendenz zu einem Druck auf das Arbeitsverhältnis. Der Gewinn des Unternehmers, der bei Vergabung öffentlicher Arbeiten den Zuschlag z. B. auf Grund des Mindestgebotes erhält, wächst, je mehr es ihm gelingt, bei Ausführung der übernommenen Arbeiten die Selbstkosten herabzusetzen. Unter diesen Selbstkosten ist die Arbeitszeit, Arbeitslohn ein nicht unerheblicher Faktor. Die wirtschaftliche Tendenz geht also dahin, die Möglichkeit der

## Gewaltige Steinbauten aus alter Zeit.

Die Baukunst der alten Ägypter ist bekannt. Besonderes Interesse erwecken die kolossalen Steinpyramiden in der Nähe des Dorfes Gizeh bei Kairo. Diese gewaltigen Steinbauten sind zum Teil heute noch gut erhalten; allerdings wurden einige dieser gewaltigen Bauwerke früherer Jahrtausende direkt wieder zu Steinbrüchen verwendet.

Um die Wende des 3. vorchristlichen Jahrtausends tritt aus dem Dunkel jagenhafter Ueberlieferung die erste hervorragende Gestalt der ägyptischen Geschichte hervor, jener König Joser, der die Vorherrschaft von Memphis im Alten Reich begründete und den Machtbereich seines Landes im Süden bis über den ersten Nikatarakt hinaus erweiterte. Ihm zur Seite stand bei allen seinen glücklichen Unternehmungen der große Weise Imhotep, dessen Name sich durch die Jahrtausende als der eines weisen Priesters, mächtigen Zaubers, geschickten Arztes und genialen Baumeisters erhalten hat, und in dem noch die Griechen ihren Asklepios, den Gott der Medizin, wiederzuerkennen glaubten. Imhotep ist es auch wahrscheinlich, der unter dem Pharao Joser die ersten bedeutenden Steinbauten ausführte. Bis dahin hatten die königlichen Gräber, in deren Ausgestaltung die Herrscher ihre ganze Macht entfalteten, aus ungebrannten Ziegeln bestanden; nur ganz vereinzelt fand sich ein Granitfußboden oder eine Kammer aus Kalkstein. Auch Joser ließ sich zunächst noch bei Bet Challas, unweit Abydos, ein Königsgrab aus massiven Ziegeln in der Form der alten Mastaba errichten; aber dieser Bau genügte ihm nicht, sondern er begann die Errichtung eines zweiten Königsgrabes, das seinen Leib aufnehmen sollte

und eine viel großartigere Ausgestaltung erhielt, als sie je die Ruhestätten seiner Ahnen gehabt hatten. Imhotep erbaute die Mastaba diesmal aus Stein, in der Wüste hinter Memphis. Sie war ungefähr 11 Meter hoch, 68 Meter breit und etwa 70 Meter lang. Im Laufe der Jahre vergrößerte Joser die Basis des Grabes und erhöhte es allmählich durch fünf rechtwinklige Steinbauten, die auf die ursprüngliche Mastaba gesetzt wurden, und zwar so, daß jedes folgende etwas kleiner war als das vorhergehende. Das Resultat war ein sechsstöckiger Terrassenbau von etwa 58 Metern Höhe. Diese „Stufenpyramide“ ist der erste große Steinbau der Weltgeschichte. Einer der Nachfolger von Joser, Snofru, ließ dann die Zwischenräume an den sieben Stufen dieses Terrassenbaues mit Steinwerk ausfüllen, so daß von der Spitze des Baues bis zum Erdboden gleichmäßig abfallende Wände das ganze Grab einfaßten. So schuf er in dem einen seiner Gräber, dem bei Medum zwischen dem Fayum und Memphis gelegenen, die erste wirkliche Pyramide. Rings um das impolante Grab des Königs erhoben sich nun auch die prächtigen, ganz aus gehauenen Kalkstein bestehenden Mastabas seiner höchsten Beamten und es entstanden jene gewaltigen Totenstädte, die uns noch jetzt eine Ahnung zu geben vermögen von der Größe und Macht, die sich hier entfaltet.

Unter dem Emporkömmling Cheops, der zum Begründer eines neuen Königsgeschlechtes, der vierten Dynastie, wurde, trat die Errichtung einer ungeheuren, undurchdringlichen und unzerstörbaren Ruhestätte für den Leib des Königs ganz in den Vordergrund, entwickelte sich zur Hauptaufgabe des ganzen Staates. Sein Werk ist die riesige Pyramide bei Gizeh, die seinen Namen trägt. Alle

Kräfte und alle Arbeit des Staates wurden für diesen Bau in Anspruch genommen. Die Pyramide enthält etwa 2 440 000 Steinblöcke, von denen jeder einzelne durchschnittlich 2 1/2 Tonnen — 50 Zentner wiegt. Der Bau forderte 20 Jahre hindurch die Arbeit von 100 000 Menschen. Die Unterhaltung dieser 100 000 Arbeiter, die eine beständige Last für den Staat bedeuteten, die Anordnung und Einteilung der Arbeit, das Brechen der Steine und ihr Transport, die Ermöglichung einer ununterbrochenen Zufuhr von Material zu der Pyramidenbasis, all das erforderte eine umfassende Organisation, die Herstellung eines kleinen Staates im Staate. Die Blöcke wurden aus den Steinbrüchen am Ostufer des Nilstromes, südlich von Kairo, gewonnen und zur Flutzeit, wenn die Ebene überschwemmt war, durch das Tal bis an die Basis des Pyramidenhügels gefloht. Hier hatte man eine ungeheure Steinrampe errichtet, eine Art Damm, dessen Aufführung zehn Jahre in Anspruch genommen hatte. Diesen Abhang hinauf wurden die Steine auf die Hochebene emporgezogen, auf der die Pyramide stand. Die Cheopspyramide ist ungefähr 137 Meter hoch; ihre quadratische Basis mißt 227 Meter. Vor ihrer Beschädigung sollen die Maße gewesen sein 229 Meter im Quadrat, die Höhe mag annähernd 145 Meter betragen haben. Sie besteht, mit Ausnahme der aus Granit gehauenen Haupttorkammer und der Bekleidung, ganz aus Kalkstein. Die Pyramide war rings von einem breiten Kalksteinpflaster umgeben, und auf ihrer Ostseite befand sich der Totentempel des Königs, der bis auf einzelne Bruchstücke seines herrlichen Basaltplasters ganz verschwunden ist. Die Ueberreste des langen Ganges, der von der Ebene zum Tempel hinauf führte, stehen noch als düstere Ruinen, die nur den rohen Kern der Steinmauer

Verabreichung der Selbstkosten auf Kosten der Arbeitsbedingungen so auszuführen, daß der Gewinn die mögliche Höhe erreicht. Bestärkt wird diese Tendenz, wo für die Bedingungen der Verbindung das Prinzip gilt, dem Mindestbietenden den Zuschlag zu erteilen.

Wir können uns diese kurze Begründung vollständig zu eigen machen. Ergänzend sei aber noch eine andre Seite der Frage gestreift. Zu den Selbstkosten sind auch noch die Ausgaben für die Durchführung der Schutzbestimmungen zu rechnen. Derjenige Unternehmer, der sich über die Durchführung dieser Bestimmungen hinwegsetzt, ist gegenüber seinen Konkurrenten, der sich einer gewissenhaften Durchführung der Schutzbestimmungen befleißigt, entschieden im Vorteil. Die Umgehung der Bestimmungen gestattet dem Unternehmer, niedere Preise zu fordern und macht ihm die Aufschlagserstellung ausfallsicherer, als dem gewissenhaften Unternehmer. Die Aufschlagserstellung bedeutet in diesen Fällen geradezu eine Prämie auf die Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen. Der Staat darf sich aber niemals mit schuldigen an solchen Gesetzesverletzungen machen. Mit welcher Hartnäckigkeit der Durchführung der Schutzbestimmungen seitens mancher Unternehmer Widerstand geleistet wird, ist in der Petition ausführlich geschildert. Es sei nur ein Fall hervorgehoben. Die Firma Carl Trentle in Kürnberg (Nied. Oesterreich) gehört zu den von den Behörden bei Übertragung von Arbeiten bevorzugten Firmen. Bei einer Revision durch den Beamten der Fabriksinspektion wurde angeordnet, daß die Steinmauer in der Arbeitshütte weiter auseinandergerückt werden, um den gesetzlichen Abstand von 2 Meter von Mann zu Mann herzustellen. Als der Beamte dem Betrieb den Rücken gekehrt hatte, wurde den Arbeitern befohlen, sofort wieder ihre alten ungeleglich eng zusammengelegenen Plätze einzunehmen.

Mit der gleichen Firma wurde im Vorjahre ein Vertrag abgeschlossen, nach welchem im Winter ein Mindeststundenlohn von 35 Pfg. bezahlt werden muß. Dies würde einem Tagesverdienst von 2.45 Mk. entsprechen. Gewiß ein Lohn, wie er niedriger weit und breit nicht bezahlt wird. Aber auch dazu hätte Herr Trentle sich nicht bemüht, sondern zahlte jetzt Löhne aus von 1.50 Mk. bis 2.20 Mk. Den Arbeitern, welche mit dem Lohn nicht zufrieden sind, ist es gestattet, am Sonntag nach dem Zahlungstermin in der Behausung des Herrn Meisters zu erscheinen und sich noch einige Groschen zu erbetteln. Man kann dann die Arbeiter im Hofe des Herrn Trentle kundenlang stehen sehen, wartend, bis einer nach dem andern vorgelassen wird. Wir müssen gestehen, etwas Unwürdiges, Erbitterndes als das Bild dieser Wittkeller ist nicht gut denkbar. Empfehlenswert für die Herren von den arbeitvergebenden Behörden und auch für die Herren Landtagsabgeordneten wäre es, sich einmal diese einzigartigen Canossagänger zu betrachten. Diese Behandlung der Arbeiter erlaubt sich ein Mann, der durch Ausübung öffentlicher Arbeiten ein Vermögen erworben hat. Die Arbeiter, welche bei ihm um Beschäftigung anfragen, müssen sich verpflichten aus der Organisation auszutreten. Dabei wird ihnen sofortige Entlassung angedroht, wenn sie nachträglich doch ihre Organisationszugehörigkeit herausstellen sollte. In dem bestehenden Vertrag sind Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation als unzulässig vereinbart worden.

In einem andern Falle kündigte die Firma Seebacher & Co. in Wien alle Arbeiter, stellte sie ihnen aber anheim zu reduzierten Löhnen weiterzuarbeiten. Mit der Firma war ein Tarifvertrag vereinbart worden, der bis zum 1. Juli 1910 noch Gültigkeit hatte. Der vor der Tür stehende Winter und die allgemeine Geschäftslage ließen es den Arbeitern auf Anraten des Zentralvorstandes und des Gauleiters geraten erscheinen, nicht zum äußersten Mittel zur Verteidigung des bestehenden Vertrages zu greifen. Diese Tatsache nahm die Firma zur Veranlassung, vor dem Bezirksamt in Wien zu erklären, daß Zentralvorstand und Gauleiter sich mit der erfolgten Lohnreduzierung einverstanden erklärt hätten, was alles andre, nur nicht den Tatsachen entsprechend ist.

Auf welche Art den Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechts erschwert wird, geht aus den Vereinbarungen der Arbeiterkammer für die Granitindustrie Badens hervor. Arbeiter, die sich nicht freiwillig gemeldet haben, dürfen nach § 4 von keinem Unternehmer eingestellt werden. Die Namen derselben werden durch Listen bekannt gegeben. Das gleiche geschieht nicht nur mit streikenden Arbeitern, sondern auch dann, wenn ein Unternehmer eine Arbeit zu billig übernommen hat und durch Lohnreduzierung die Arbeiter zur Arbeitsniederlegung zwingt.

Diese kleine Auswahl kennzeichnet wohl die Zustände und das Verhalten der Unternehmer in der Steinindustrie zur Genüge. Ohne Übertreibung kann behauptet werden, daß in keinem Berufe ärgere Mißstände anzutreffen sind, als im Steinmetzberufe. Gerade aber in diesem haben die Behörden die Möglichkeit, durch Erlass von Verordnungen im geforderten Sinne bessernd einzuwirken. Hoffen wir, daß sich Landtag und Regierung dieser Notwendigkeit nicht verschließen und sich damit den Dank einer zahlreichen Arbeiterkammer sichern. Den Parteien des Landtags ergibt sich bei der Petitionsberatung Gelegenheit, den Beweis ihres ernstlichen Willens zu erbringen, positive Arbeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik zu leisten. Die Arbeiterkammer wird nach Schluß des Landtags zu beurteilen haben, inwiefern ihren berechtigten Wünschen Rechnung getragen wurde und wird ihre entsprechenden Schlüsse daraus ziehen können.

## Zum nächsten Verbandstag.

Eine Stimme vom Lande.

In der Angelegenheit der Erwerbslosenunterstützung spricht Kollege Tennbusch-Düsseldorf in Nr. 7 unseres Fachorgans den

Arbeit zeigen; auf ihnen hat sich das heutige Dorf Kasr eingeklinkt.

Nicht uninteressant wird es für unsere Kollegen sein, wenn wir einige Worte über den Rauminhalt der Cheopspyramide verlieren. Der Kubinhalt wird berechnet Grundlinie mal Grundlinie mal  $\frac{1}{3}$  der Höhe.  $227 \times 227 = 51\,529$  Quadratmeter. Wir haben nun die Grundfläche. Die Höhe beträgt 137 Meter, der dritte Teil ist = 45,66 Meter.  $51\,529$  Quadratmeter mal 45,66 Meter ergibt, daß zur Pyramide 2 352 814 Kubikmeter Steine notwendig waren. — Diese ungeheuren Zahlen bergen keinen Rechenfehler in sich und die verwendeten Kalk- und Granitsteine sind alle akkurat behauen. Da uns aber diese enorme Kubikmeterzahl noch keine rechte Vorstellung von der Masse der verwendeten Gesteinsmaterialien gibt, so wollen wir noch ein weiteres Rechenexempel vornehmen und fragen: Wieviel Eisenbahnwaggons (die Ladung zu 200 Zentner gerechnet) wären notwendig, um dieses Material auf einmal fortzutransportieren zu können. Die Verkleidung der Cheopspyramide besteht aus Granit, welcher in der Nähe von Assuan, am Nilufer gelegen, gewonnen wurde. Zu den Füllquadern hatte man Kalkstein verwendet. Mit unserem Exempel nehmen wir nun an, daß durchweg Kalkstein zur Verwendung kam. Das spezifische Gewicht dieses Gesteins beträgt [nach Ischermach] = 2,6 oder das Gewicht des Kalksteins ist pro Kubikmeter auf 52 Zentner anzuschlagen. (Das Gewicht eines Kubikmeters Gestein wird in Kilogramm erhalten, wenn man das spezifische Gewicht desselben mit 1000 multipliziert.) Bervielfachen wir nun  $2\,352\,814$  Kubikmeter mit 52 Zentner, so ergibt sich ein Gesamtgewicht von  $122\,346\,328$  Zentner. Nun dividieren wir mit 200. Es wären somit  $611\,731$  Eisenbahnwaggons

benötigt, um die Steine fortzuschaffen zu können. Die Waggonlänge, von Puffer zu Puffer gerechnet, dürfte etwa 8 Meter betragen. Die Strecke, um sämtliche Waggons hintereinander aufstellen zu können, würde somit betragen  $611\,731 \times 8$  Meter ist gleich  $4\,893\,848$  Meter oder 4893 Kilometer.

Da unser Zentralverband momentan rund 17 000 Mitglieder zählt, so hätte jeder organisierte Kollege zum Pyramidenbau 138 Kubikmeter behauene Steine liefern müssen. Die ägyptischen Sklaven haben somit eine Riesensarbeit leisten müssen. Herodot, ein griechischer Schriftsteller, der 500 Jahre v. Chr. lebte, führt aus, daß während des Baues für 1600 Talente (= 7 Mill. Mark) Zwiebeln, Knoblauch und Meerrettich konsumiert wurden. Wenn heutzutage ein solcher Koloss aufgeführt würde, dann würde sicherlich der Posten „Alkoholgetränke“ eine große Rolle spielen. Es würde sich dann schon lohnen, daß während der Bauzeit ein besonderer Apostel gegenüber dem Alkoholteufel angesetzt würde.

Wenn wir nun die sämtlichen beladenen Eisenbahnwaggons hintereinander aufstellen wollten, so würden wir eine Strecke brauchen, die 23mal so lang wäre, als wie die zwischen Leipzig und Berlin. Die Strecke zwischen beiden Städten wird auf 174 Kilometer angegeben. Nun erst können wir uns einen Begriff machen, welche Gesteinsmassen gebrochen werden mußten, um den Bau herzustellen zu können.

Die ägyptischen Pyramiden sind seit langem das Ziel Tausender von wohlhabenden Reisenden. Diese alten Gesteinsmassen können ihre Zeit somit nicht mehr vereiteln in der Wüste zubringen. Die Nationen aller Erdteile lenken ihre Schritte nach Ägypten, um diese Wunderwerke anzustauen zu können. Neuerdings werden die

Wie gelangen wir in Besitz der Mittel, um die Erwerbslosenunterstützung einzuführen zu können?

Durch die Vorlage des Zentralvorstandes vom 22. Februar dieses Jahres ist klar und deutlich dargelegt, welche Schwierigkeiten und Hindernisse der Einführung der Erwerbslosenunterstützung entgegenstehen. Es ist somit vollkommen erwiesen, daß wir andere Wege einschlagen müssen, um unser Ziel zu erreichen.

Die Vorlage hat auch den Vorzug, zur rechten Zeit kommen zu sein, um manch gewagten Optimismus in richtige Bahnen zu weisen. Auf die diesbezüglichen Artikel des „Steinmetzen“ bezugnehmend, verlangt die eine Seite eine weitere, niedrigere Beitragsklasse, das ist ohne weiteres richtig, natürlich nur soweit die Zunahme der Mitglieder in Frage kommt; die andre Seite verlangt eine Erhöhung der Beiträge zugunsten der Unterstüttung, das ist auch richtig, soweit die Unterstüttung in Frage kommt. Es ergibt sich also: 1. mehr Mitglieder, weniger Geld; 2. mehr Geld, weniger Mitglieder. Beides, wenn es auch wohlgemeint sein mag, schließt nicht in sich die Erwerbslosenunterstützung einzuführen.

Nun, wir haben seit dem Inkrafttreten des neuen Sozialtarifs (1908) und durch andre Unbilden und Entbehrungen soviel Opfer bringen müssen, ohne sie durch Lohnreduzierung wett machen zu können, warum sollten wir für dieses so notwendige wie edele Unternehmen nicht soviel Kraft fühlen, um auch dieses Werk, welches die erwerbslosen Kollegen vor äußerster Not, vor dem sicheren Hunger bewahren soll, zu ermöglichen? Liegt das Gelingen dieses Unternehmens nicht im Bereiche der Möglichkeit? Wenn der feste Wille in dem Maße da ist, wie die Stimmung für die Einführung, so wird auch der Weg gefunden, der zum Ziele führt.

Wir machen nun folgenden Vorschlag: Der Zentralvorstand gibt den Zahlstellen vom 1. Juli ab außer den Beitragsmarken auch Extratruermarken im Werte von 50 Pfg. zum Vertrieb. Das Ableben dieser Marken ist ganz und gar freiwillig. Jeder Kollege kann soviel Marken von dieser Sorte haben als ihm seine Verhältnisse erlauben; Hauptsache ist, daß sich recht viele, wozumöglich alle, daran beteiligen. Diese Marken können im Buch auf der rechten Seite geklebt werden. Der ganze Erlös dieser Marken dient zur Bildung des Reservefonds für die Erwerbslosenunterstützung.

Sier können besonders — die Bestürworter und Gönner genannter Unterstüttung beweisen, daß sie auch bereit sind, für letztere den Boden zu ebenen, indem sie dafür sorgen, daß der Verband in den nächsten zwei Jahren einen recht hohen Grundstock ansammelt; dann werden auch die Gegner kommen und

sich befehlen lassen. Wir halten daran fest, daß die Ausführung obigen Vorschlages durch die „Klinge der Minge“ sicherer zum Ziele führt als die Rednerei mit den „unbekannten Größen“, und wenn man sich der Logikformen bedient, es kann doch nichts rauskommen, denn „erst muß man geben“ und dann erst nehmen! Die Ausführung dieses Vorschlages würde auch jede „Abstimmung“ erübrigen!

Haben wir einmal einen namhaften Reservefonds in den Händen haben gebracht, dann wird es un schwer sein, die Erwerbslosenunterstützung einzuführen nebst dem dazu nötigen Beamten. — Also ihr Bestürworter, herau an die Zahlung der Extratruermarken.

Münster.

Sahoda und Böller.

## Die Erwerbslosenunterstützung ist abzulehnen.

Verlangt vom Kollegen Tennbusch-Düsseldorf, fühlen wir uns veranlaßt, auch unsere Meinung kund zu tun. Da bis jetzt die meisten Gegner der Erwerbslosenunterstützung sind, so sei von vornherein gesagt, daß wir uns denselben anschließen. Obgleich die Aufrechnung des Kollegen Arnold-Mannheim anscheinend als gefällige zu bezeichnen ist, finde ich nicht die geringste Veranlassung, für die oben genannte Unterstüttung zu sein. Zurzeit haben wir in unserer Zahlstelle den 50-Pfg.-Beitrag. Nach Aufrechnung der Zentrale sollen wir auf etwa 80 Pfg. kommen. Nach Aufrechnung des Kollegen Arnold kommen wir auf 65 Pfg. Wochenbeitrag. Den Kollegen ist jetzt der Beitrag von 50 Pfg. schon viel zu hoch, und von Neuaufnahmen dürfte keine Rede mehr sein. Der Gauleiterposten Mannheim soll, im Falle eines Rückganges der Mitglieder, einer der ersten sein, der eingezogen wird. Wir verlangen kräftige Agitation, so kann uns der Gauleiter nicht entzogen werden. Weit vernünftiger ist die Frage vor besserer Ausbahrung unserer Krankenunterstützung. Zweck dieser kommen wir immer mehr vorwärts, als wie mit der Beitragsreduzierung zur Arbeitslosenunterstützung. Die Krankenunterstützung hat sich sehr gut bewährt und wirkt sehr agitatorisch. Meine Parole lautet: Weg mit der Erwerbslosenunterstützung! In Wien zählten wir 1906 103 Mitglieder, heute zählt unser Hauslein noch 23. Sollen wir nun mit den hohen Beiträgen praktische Agitation leisten? Das glaubt ja auf dem Lande kein Mensch.

Wien.

Rudolf Diehl.

## Sind die Gewerkschaften für Boykottschäden haftbar?

Die Unternehmer können lachen; sie können antworten: Es gibt noch Richter in der Reichsstadt Leipzig! Lange Zeit hat sich das Reichsgericht des Annehmens, gegen den Boykott straf- und zivilrechtlich vorzugehen, erwehrt. Schließlich hat der 6. Zivilsenat des Reichsgerichts aber doch die Entscheidung getroffen, daß die Art der Durchführung ihn zu unbilligem Mittel machen kann, nämlich dann, wenn die vollständige Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz des Gegners beabsichtigt ist. Das festzustellen, liegt in der Hand der Gerichte, die mit der freien Beweiswürdigung einen fast unbegrenzten Spielraum haben.

In einem Prozeß des Bädermeisters Rude in Berlin gegen die Genossen Heßhold und Schneider und der Zahlstelle Berlin des Bäderverbandes war der Boykott zum unbilligen Kampfmittel gestempelt worden. Rude hatte im Bäderstreik 1904 die Forderungen der Gesellen anerkannt, dann aber sein Ehrenwort gebrochen und wieder die alten, hartbekämpften Einrichtungen eingeführt. Es wurden dann im März 1905 zwei Flugblätter verbreitet, deren unbillige Zwecke die Gerichte aus folgenden Stellen erkannten: Herr Rude scheint auch das Berwerfliche eines Wortbruchs zu verstehen, denn er vertritt sich hinter allerhand Drohungen gegen uns. In die Bevölkerung legen wir das Vertrauen, daß sie uns unterstützt. In einem andern Passus des Flugblattes war über die Ehrenhaftigkeit und Wahrheitsliebe Rudes und über die Reinlichkeit seines Betriebes einiges gesagt worden. Diese Passagen des Flugblattes sollen nach der Erkenntnis der Gerichte den Boykott zum unbilligen Kampfmittel gemacht haben.

Rude verlangte einen Schadenersatz von 6000 Mark für Gewinnausfall und Entwertung seines Geschäfts. Land- und Kammergericht haben unsere Genossen verurteilt. Die Gerichte haben angenommen, daß der Rückgang des Geschäfts tatsächlich erheblich auf die Flugblätter zurückzuführen sei. Vergeblich machten unsere Genossen darauf aufmerksam, daß auch mit andern Mitteln gekämpft worden ist, wie mit den beiden Flugblättern. Sie wiesen darauf hin, daß im Vorwärts ein Gerichtsbericht veröffentlicht wurde, wodurch den Kunden Rudes Mitteilung von Schmutzereien in seinem Geschäft gemacht wurde. Das müsse auch auf das Geschäft hindernd eingewirkt haben. Das Gericht erklärte dazu, daß diese Berichte im Vorwärts gegenüber den Flugblättern nur ganz geringe Wirkung hätten. Es lehnte auch ab, Bädermeister als Zeugen darüber zu vernehmen, daß sie durch den allgemeinen Boykott, der nicht als unbillig angesehen wurde, so schwer geschädigt wurden, daß sie sich schließlich zur Bewilligung der Forderungen genötigt sahen. Auch die Schädigung, die, wie gesagt, erlaubt war, wurde als so gering angesehen, daß sie nicht in Betracht käme. Das Reichsgericht hielt sich an diese Feststellung des Schadens gebunden und verwarf auch am 3. März die Revision des Bäderverbandes.

## Kollegen! Agitiert für eure Organisation!

Steinkolosse von den Ägyptern (Flugtechnikern) benutzte. Bei dem letzten internationalen Wettfliegen in Kairo machten mehrere Ägypter kleine Absteher nach dem Pyramidengebiet. Dabei war so recht ein Vergleich möglich, wie sich in den letzten Jahrtausenden die Kultur gehoben hat.

Drei kleine Pyramiden, für Mitglieder der Königsfamilie errichtet, stehen in einer Reihe dicht neben der großen. Bei diesen Bauten erweckt auch die erstaunliche Präzision im Behauen und Aneinanderfügen der Blöcke die höchste Bewunderung der Fachleute. Und doch war kaum mehr als ein Jahrhundert vergangen, seitdem der erste uns bekannte Steinbau Ägyptens, die Kalksteinkammer im Grabe des Djahschemui, errichtet worden war. Mit dieser Riesentat des Königs Cheops war aber auch der Höhepunkt des Pyramidenbaues erreicht; sein Nachfolger Chepren baute zwar ebenfalls eine Pyramide, aber sie ist kleiner und weniger gut gearbeitet. Die späteren Pharaonen konnten mit ihnen nicht mehr wetteifern.

## Apophorismen.

Die größten Diebe, die es gibt, die wahren Quellen blutiger, vernichtender Kriege, sind die Kapitalisten, das heißt, solche Leute, die von Zinsen leben oder von der Arbeit anderer und nicht von eigener Arbeit. Alle die sozialen Uebelstände haben ihre Urquelle darin, daß die Arbeiter von Müßiggängern ausgebeutet werden und daß diese Müßiggänger den ersten nur so viel überlassen, daß sie ihr kümmerliches Dasein weiterführen können, während diese selber das ganze übrige Produkt der Arbeit an sich reißen, um einen großen Aufwand für sich zu machen oder um sich die Spielereien anzuschaffen, mit welchen sie ihre Zeit vertändeln.

Ruska.